

# SO!

Soziale Ordnung

Magazin für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

5. Ausgabe 2010

63. Jahrgang  
ISSN 1432-9689



# INNOVATION AUS DEUTSCHLAND: WIR MACHEN KOHLE KLIMASCHONEND.

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Klimafor- schung und Politik fordern, dass der welt- weite Ausstoß von Treibhausgasen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts halbiert werden muss. Wir gehen noch einen Schritt weiter und haben uns zum Ziel gesetzt, bis 2050 Strom klimaneutral zu produzieren.

Mit unserer CCS-Technologie (Carbon Cap- ture and Storage) sind wir auf dem besten Weg. In unserem Pilotkraftwerk in Branden- burg wird seit einem Jahr CO<sub>2</sub> erfolgreich abgeschieden und verflüssigt. So gelangt es nicht mehr in die Atmosphäre.

Stattdessen kann es tief unter der Erde gespeichert werden. Vattenfall engagiert sich in verschiedenen Projekten zur Erfor- schung dieser Speicherung.

Kein anderer fossiler Energieträger ist so gut verfügbar wie die Kohle. Mit der neuen CCS-Technologie machen wir sie klimascho- nend. Aus diesem Grund werden wir unser Engagement weiter vorantreiben. Für das Klima weltweit und die Menschen in diesem Land.

Erfahren Sie mehr unter  
[www.vattenfall.de/ccs](http://www.vattenfall.de/ccs)



## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es wäre undenkbar, dass die arabischen Länder ihre Erdölvorräte im Wüstensand versickern lassen oder dass Südafrika seine Goldnuggets in den Flussläufen nicht voll ausschöpft. Deutschlands Ressourcen sind die Menschen, ihre Kreativität, der Fleiß und die Bildung. Diese Ressourcen nicht zu nutzen, wäre gleichermaßen undenkbar. Wer es nicht im Boden hat, der muss es in den Köpfen und den Händen der Menschen haben. Dies hat die Merkel-Regierung erkannt und die Bildungsrepublik Deutschland als Ziel der kommenden Jahre ausgerufen. Sie ist das zentrale christlich-liberale Projekt. Neben der Vermögensbildung war das „Vermögen Bildung“ immer auch ein Thema der Christlich-Sozialen. So fordert die CDA bereits in der Offenburger Erklärung von 1967 die allgemeine Schulpflicht von zehn Jahren und ein durchlässiges Bildungssystem. Die geplante Bildungskarte, mit der Bildungs- und Beteiligungschancen für Kinder aus hilfebedürftigen Familien verbessert würden, reagiert nicht nur auf ein Verfassungsgerichtsurteil, sondern zeigt, dass Sozialministerin von der Leyen darüber hinaus einen Beitrag zur Bildungsrepublik leisten will. So könnten neben den Fördermitteln des Bundes auch kommunale und private Gelder über ein allgemeines Bildungskonto von Geburt an für das lebensbegleitende Lernen kombiniert werden. Die Koalition hat das Bildungssparen für alle Kinder in ihrer Vereinbarung verankert.

Beide Themen sollten miteinander verbunden werden. Im Bildungsausschuss des Deutschen Bundestages debattieren wir den europäischen Bildungsraum. Dass wir ein Europa der Menschen und nicht nur des Kapitals wollen, war immer das Credo der Sozialausschüsse. Nur müssen wir dann, wenn Menschen über Grenzen zusammenfinden, auch gemeinsame Werte und Bewertungen entwickeln. Kompetenzen und nicht Bildungswege werden in einem europäischen Qualifikationsrahmen eingeordnet. Wenn von Portugal bis Malta ein gemeinsamer Bildungsraum entsteht, ist nicht mehr wichtig, woher du kommst, sondern was du kannst. Wer aber in einem europäischen Bildungsraum Ländergrenzen überwinden will, der muss auch Grenzen im eigenen Land durchlässiger gestalten, so wie es die CDA in Offenburg proklamiert hat. Techniker und Meister sind wie ein Bachelor zu bewerten, die Ausbildung zum Mechatroniker hat den gleichen Wert wie das Abitur.



Ludwig Erhard brachte es in seinem Manifest 72 auf den Punkt: „Nicht Privilegien, sondern persönliche Leistungen legitimieren den beruflichen Aufstieg in der Sozialen Marktwirtschaft.“ Die Voraussetzung für diese Leistungsfähigkeit ist die Bildung.

**Uwe Schummer MdB,  
Obmann der CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion für Bildung und Forschung**

### >> Neue Postanschrift

der Hauptgeschäftsstelle ab 1. Oktober 2010:

CDA-Hauptgeschäftsstelle  
Zinnowitzer Str. 1 – 10115 Berlin  
Postfach 04 01 49 - 10061 Berlin  
Fon +49 30 922511-0  
Fax +49 30 922511-2110

**Achtung!  
Neue  
Adresse!**

PRISMA



**Zu Gast im Bundesvorstand**  
Dr. Ursula von der Leyen und  
Michael Vassiliadis (IG BCE) S.6

**Lektüretipp**  
Der verkaufte Patient S.6

**Steinkohle auch nach 2014  
fördern**  
Kohlepolitische Entschließung der  
CDA S.6

**AG Frauen in der CDA**  
Karin Möhle als Bundesvorsitzende  
bestätigt S.6

TITEL



**Bildungs- und Teilhabeleistung  
zielsicher für bedürftige Kinder**  
Interview mit Ursula von der Leyen,  
Bundesministerin für Arbeit und  
Soziales S.12

**Über die Vergleichbarkeit von  
Abschlüssen**  
Bildung als Werkzeug und  
persönlicher Einsatz als  
Erfolgsbringer S.14

**Aus schlechten Schülern gute  
Fachkräfte machen**  
Das deutsche Berufsbildungssystem  
vor neuen Herausforderungen S.16

POLITIK



**Verbot von heimlicher  
Videoüberwachung am  
Arbeitsplatz** S.8

**CDU-Bundesparteitag im  
November in Karlsruhe** S.10

**Ewiggestrige bei den  
Unternehmensmanagern!** S.18

**Zur Ordnung** S.18

**Zeitarbeit – gerecht gestaltet!** S.22

**Mustertarifverträge schon in  
der Schublade** S.23

IMPRESSUM

**Herausgeber**  
CDA Deutschlands  
Zinnowitzer Str.1  
10115 Berlin

**Redaktion:**  
Dr. Markus Gloe (V.i.S.d.P.)  
Telefon: 030/922511-194  
Telefax: 030/922511-2194  
E-Mail: mgloe@cda-verlag.de

**Gestaltung**  
iconate Gesellschaft für  
Kommunikation und Medien mbH

**Anzeigen**  
Telefon: 030/92 25 11-195  
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de  
Website: www.soziale-ordnung.de

**Fotos**  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales,  
DGB, IG Metall, Fotolia, IStockphoto; privat;

**Titel**  
iconate Gesellschaft für  
Kommunikation und Medien mbH

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen  
Abständen sechsmal im Jahr.  
Namensartikel geben nicht unbedingt die  
Meinung der Redaktion wieder.

**Preis**  
Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis  
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

REPORTAGE



„Schönen guten Tag, was kann ich für Sie tun?“

Ein Tag im Jobcenter in Berlin-Neukölln S.20

CDA INTERN



Schwarz-grüne Premiere S.26

Festredner beim 105. Oldenburger Kolpingtag S.28

Namen & Nachrichten S.29

WieSO!? – Der persönliche Fragebogen  
Heute: Marco Eilers S.32



Die Oktober-Ausgabe 1960 stand ganz im Zeichen der zweiten Berlin-Krise. Im Impressum schrieb Franz Amrehn, der Bürgermeister von Berlin: „Die jüngsten Ereignisse in Berlin müssen den Willen und die Kräfte gemeinschaftlichen Widerstandes gegen die kalte kommunistische Aggression fühlbar erstarcken lassen. Dann wird der Griff nach Berlin um so sicherer mißlingen und der ganze Westen seine entscheidende Bewährungsprobe für die Zukunft bestehen.“

Bereichernd auch für heutige Diskussionen war ein kurzer Artikel Jakob Kaisers unter der Überschrift „Ausgleich und Gerechtigkeit“. Darin heißt es „Die christlich-soziale Arbeiterbewegung, aus der die Kräfte der Sozialausschüsse kommen, trug in ihrem entschiedenen sozialen Willen stets einen Schuss konservativen Geistes. [...] Dabei soll jeder beachten, daß konservativ wahrhaftig nicht rückständig heißt. [...] Konservativ heißt unter Achtung aller wirklichen Werte der Tradition den sozialen Erfordernissen der Zeit gerecht zu werden.“

Weitere Themen waren der Sonntagschutz, die Reform der Krankenversicherung und ein Vorschlag zur Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. ■

Derzeit gültige Anzeigen-Preisliste vom 1. Januar 2010.

**Druck** Heider Druck GmbH, Bergisch Gladbach

**Mitgliederservice**  
Telefon: 030/92 25 11-120  
Telefax: 030/92 25 11-2110  
E-Mail: [mitgliederservice@cda-bund.de](mailto:mitgliederservice@cda-bund.de)

**Verlag**  
CDA-Verlagsgesellschaft mbH, Berlin

**Geschäftsführer**  
Dr. Markus Gloe

## CDA-BUNDESVORSTAND

## Von der Leyen und Vassiliadis zu Gast im Bundesvorstand



„Kinder und Jugendliche sind keine kleinen Erwachsenen“, stellte die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Dr. Ursula von der Leyen als Motto über ihre Ausführungen. Die Ministerin, selbst CDA-Mitglied, besuchte die Sitzung des CDA-Bun-

desvorstands Anfang September. Sie stellte ihr Konzept der Neugestaltung der Regelleistung in der Grundsicherung vor. Insbesondere ging die Ministerin auf die Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche ein und erläuterte ihr Modell einer Bildungskarte. In der anschließenden Diskussion wurden auch weitere Themen wie beispielsweise der Mindestlohn in der Leiharbeitsbranche intensiv diskutiert.

Die Ministerin bekräftigte ihren Wunsch nach einem regelmäßigen Austausch zwischen ihrem Ministerium und der CDA. Am zweiten Tag war Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Berg-

bau, Chemie, Energie (IG BCE) zu Gast beim CDA-Bundesvorstand. Der CDA-Bundesvorstand hatte zuvor eine kohlepolitische Entschlüsselung verabschiedet, in der er sich für staatliche Beihilfen für den Steinkohlebergbau mindestens bis zum Ende des Jahres 2018 aussprach. Schwerpunkt des Gesprächs bildeten demnach auch die Fragen nach einem tragfähigen Energiekonzept für die Zukunft. Außerdem hob der CDA-Bundesvorsitzende in dem Gespräch den Demografie-Fonds der chemischen Industrie in der Frage der flexiblen Gestaltung des Übergangs von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand beispielhaft hervor. ■

## LEKTÜRETIPP

## Der verkaufte Patient



Entgegen dem allgemeinen Klagen über die knappen Finanzen im Gesundheitssystem stellte Renate Hartwig die provokante These auf: „Es ist mehr

als genug Geld da für eine ordentliche Grundversorgung. Es wird nur für die falschen Dinge ausgegeben.“ Das Buch erschien bereits 2008, erscheint

vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte aber immer noch aktuell. Die Kosten im Gesundheitssystem explodierten, obwohl chronisch Kranke und behinderte Menschen um Hilfsmittel betteln müssten, Patienten Medikamente verweigert würden, Schwestern für einen Hungerlohn arbeiteten und Hausärzte in den Ruin getrieben würden. Die Autorin versucht darzulegen, dass ganze Industriezweige – inkl. der Krankenkassen – auf Kosten der Versicherten leben und die Patienten zur kommerziellen Ausplünderung frei gegeben seien. Hartwig stellt einen Gegenentwurf vor. Das Wohl des Patienten müsse wieder in den Mittelpunkt

gerückt werden. Eine Bewahrung der ärztlichen Schweigepflicht sowie ein Rückbau einer immer umfassenderen Apparatedizin bilden dabei die Basis. Nicht alle Thesen und Darstellungen mögen den Einzelnen überzeugen, aber sich mit der kritischen Analyse auseinanderzusetzen, stärkt die Argumentationsfestigkeit. ■

**Renate Hartwig, Der verkaufte Patient. Wie Ärzte und Patienten von der Gesundheitspolitik betrogen werden, Pattloch Verlag, München 2008, 301 Seiten, 16,95 Euro, ISBN 978 - 3629022042**

**KOHLEPOLITISCHE ENTSCHEIDUNG****Steinkohle auch nach 2014 fördern – EU-Kommission muss beihilferechtlichen Schnellschuss korrigieren**

Der CDA-Bundesvorstand fasste in seiner Sitzung vom 4. September 2010 eine kohlepolitische Entscheidung. Darin wird der von der EU-Kommission im Juli vorgelegte Verordnungsvorschlag kritisiert, der den sozialverträglichen Ausstieg aus dem deutschen Steinkohlebergbau unmöglich macht. Bis zu 23.000 Beschäftigte würden vorzeitig ihren Arbeitsplatz verlieren. Die wirtschaftspolitischen und regionalpolitischen Erschütterungen wären beträchtlich. Würden die Steinkohlebeihilfen vorzeitig auslaufen, würde auch das Vermögen der RAG-Stiftung zur Finanzierung der Ewigkeitslasten

gefährdet. Deshalb erwartet der CDA-Bundesvorstand als Ergebnis der politischen Debatte, dass die Beihilferegelung für die Steinkohle mindestens bis Ende 2018 verlängert wird.

Der CDA-Bundesvorstand geht davon aus, dass sich die Bundesregierung im Europäischen Rat dafür einsetzt, dass der Kommissionsvorschlag so geändert wird, dass staatliche Beihilfen für den Steinkohlebergbau mindestens bis zum Ende des Jahres 2018 möglich sind. Der CDA-Bundesvorstand fordert die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes auf, die Bundesregierung bei ihren Bemühungen tatkräftig zu unterstützen. Der CDA-Bundesvorstand bittet die Europaabgeordneten der EVP-Fraktion und die Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), sich gegenüber der Kommission für diese Änderung des Richtlinienentwurfs einzusetzen. ■

**AG FRAUEN IN DER CDA****Karin Möhle als Bundesvorsitzende bestätigt**

Unter dem Motto „Keine falsche Bescheidenheit – gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hat unter der Leitung von Elke Hannack die Bundestagung der Frauen in Hannover stattgefunden. Karin Möhle wurde erneut einstimmig als Bundesvorsitzende bestätigt.

In ihrem Rechenschaftsbericht kritisierte sie die Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre. „Die Anhebung der Regelaltersgrenze wird insbesondere das Problem der Altersarmut verschärfen und ist letztendlich eine Rentenkürzung“, so Möhle.

Neben der Rente mit 67 diskutierten die Frauen die Entwicklung des Elterngeldes und behandelten in ihren Anträgen unter anderem das Thema Rentengarantie, Pflege, Equal Pay im öffentlichen Dienst sowie die Gesundheitsreform.

Einer der Höhepunkte war die Rede von Regina Görner, Mitglied des Bundesvorstands der IG Metall und des CDU-Bundesvorstands. Sie sprach zum Thema Entgeltungleichheit von Frauen und Männern. Görner führte aus, dass viele Frauen Berufe wählen, die schlechter bezahlt werden als in der Industrie, obwohl sie für die Gesellschaft ebenso wertvoll sind. Sie nannte beispielhaft Erzieherinnen sowie Kranken- und Altenpflegerinnen. Der stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende Christian Bäumler, Gustl Bergemann und Ingrid Sehrbrock unterstützten in ihren Grußworten die Forderung der Frauen auf „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Daneben konnten sich die anwesenden Frauen anhand eines Filmes über die Aktivitäten des Bundesvorstands zum Equal Pay Day ein Bild machen.

Bei den Vorstandswahlen wurden Martina Lindner-Wöhning und Monika Sturm als stellvertretende Bundesvorsitzende bestätigt und Dagmar König als stellvertretende Bundesvorsitzende neu gewählt. Als Beisitzerinnen wurden Birgitt Beier, Heidrun Blanckenburg, Monika Dorst, Beate Heß, Elona Hubracht-Verhasselt, Petra Müllenbach, Hiltraud Ritter, Gesine Saft, Marianne Schmitz und Walburga Schmitz gewählt. ■

## Verbot von heimlicher Videoüberwachung am Arbeitsplatz!

Forderungen der AN-Gruppe beim Arbeitnehmerdatenschutz erfolgreich durchgesetzt



Seit Kurzem liegt der Entwurf der christlich-liberalen Bundesregierung zum Gesetz über den Beschäftigten-datenschutz vor. Arbeitnehmern soll ein besserer Schutz ihrer persönlichen Daten garantiert werden. Arbeitgeber sollen besser vor Korruption geschützt werden – wobei jedoch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Arbeitnehmers im Mittelpunkt steht. Mit dem Gesetzentwurf reagiert die Bundesregierung auf verschiedene Datenschutzskandale der jüngeren Vergangenheit.

An der Ausgestaltung des Gesetzentwurfes aus dem Innenministerium war die Arbeitnehmergruppe intensiv beteiligt. Mit den folgenden Regelungen konnte sie ihre Forderungen erfolgreich durchsetzen. Diese Regelungen einhalten,

- › dass die geheime Videoüberwachung durch den Arbeitgeber grundsätzlich unzulässig ist und damit auf staatsanwaltliche bzw. polizeiliche Maßnahmen beschränkt bleibt. Eine geheime Ausspähung

hätte in besonderer Weise die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten verletzt; ihre grundsätzliche Möglichkeit wäre allein schon geeignet gewesen, das Vertrauensverhältnis zwischen Betrieb und Beschäftigten zu stören;

- › dass der automatisierte Abgleich mit Beschäftigtendaten künftig nur unter strengen Voraussetzungen möglich sein wird. Dieser hat zunächst bei Vorliegen von Anhaltspunkten für Delikte anonymisiert zu erfolgen, eine Personalisierung ist nur im konkreten Verdachtsfall zur Aufdeckung von Straftaten und schweren Pflichtverletzungen möglich. Damit ist z. B. ein routinemäßiger Abgleich von Kontendaten von Beschäftigten mit Kundendaten unzulässig;
- › dass von den gesetzlich festgelegten Schutzstandards nicht durch Betriebsvereinbarung abgewichen werden darf, denn diese bilden den Mindeststandard.
- › dass im Einstellungsverfahren ärztliche Untersuchungen vom Arbeitgeber nur verlangt werden dürfen, wenn diese in direktem Zusammenhang zu den Anforderungen für die vorgesehene Arbeit beziehen.

Die Arbeitnehmergruppe weist darauf hin, dass es massive Forderungen aus der Wirtschaft gegeben hatte, die geheime Videoüberwachung zuzulassen. Mit den vorliegenden Regelungen hat sich die Bundesregierung für einen konsequenten Schutz der

Persönlichkeit- und Arbeitnehmerrechte entschieden. Zulässig bleibt jedoch das Recht von Unternehmen zur offenen Videoüberwachung, um Fälle von Korruption und anderen Straftaten aufzudecken. Dabei ist sicherzustellen, dass der Einsatz dieser Mittel nicht für andere Zwecke missbraucht wird.

Deshalb wird sich die Arbeitnehmergruppe in den anstehenden parlamentarischen Beratungen u.a. dafür einsetzen, dass

- › die offene Videoüberwachung durch den Betrieb nur zur präventiven Verhinderung und Aufdeckung von Straftaten eingesetzt werden kann, nicht jedoch zur fortlaufenden Kontrolle der Arbeitsleistung der Beschäftigten.
- › zusätzlich der Betrieb (z.B. ein Unternehmer sammelt Schufa-Auskünfte über seine Kassierer/Innen) ähnlich wie beim automatisierten Abgleichen von Beschäftigtendaten nur Daten erheben darf, wenn ein konkreter Verdachtsfall zur Aufdeckung von Straftaten und schweren Pflichtverletzungen besteht. Dies ist aber nur in Zusammenarbeit mit der Polizei und Staatsanwaltschaft möglich. ■

*Peter Weiß MdB,  
Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe*

*Axel Knoerig MdB,  
Mitglied im Vorstand der Arbeitnehmergruppe, Berichterstatter zum  
Arbeitnehmerdatenschutz*

## Kleine Jobs im Haushalt: als Minijob offiziell unfallversichert.

Unfälle in Haus und Garten sind schnell passiert: Melden Sie deshalb Ihre Haushaltshilfe ganz einfach über die Minijob-Zentrale an. So wird Ihr Minijobber offiziell unfallversichert – und Sie als Arbeitgeber profitieren nicht nur von Steuervorteilen und niedrigen Pauschalabgaben. Sondern sparen sich auch möglichen Ärger.

**Anmeldung und Beratung unter [www.minijob-zentrale.de](http://www.minijob-zentrale.de) oder 01801 200 504\*.**

\* Festnetzpreis 3,9 Cent/Minute; höchstens 42 Cent/Minute aus Mobilfunknetzen



## Vorschau CDU-Bundesparteitag im November in Karlsruhe

**1001 Delegierte werden an dem Parteitag in Karlsruhe vom 14. bis 16. November teilnehmen.**

Inhaltlich will die CDA ein Zeichen setzen. Sie wird einen Antrag zur Bekämpfung der Altersarmut einbringen. Die CDU-Sozialausschüsse begrüßen es, dass die christlich-liberale Koalition den Kampf gegen die Altersarmut in ihrem Koalitionsvertrag für die 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages verankert hat und dazu eine Regierungskommission einsetzen wird. Auch die Ziele, den Erwerbsminderungsschutz zu verbessern und die Erwerbsbeteiligung Älterer weiter zu erhöhen, unterstützen wir nachdrücklich. Die CDA fordert aber eine zügige Umsetzung des Koalitionsvertrags. Außerdem wird die CDA einen Antrag zur Aufnahme der Leih- und Zeitarbeitsbranche ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz einbringen.

Im Hinblick auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 kann es nicht zugelassen werden, dass hier aufgrund der spezifischen deutschen Regelungen zur Zeitarbeit künftig zum Beispiel statt zwischen deutschen Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelter Tarifvereinbarungen faktisch tschechische oder polnische Tarifverträge mit Mindestlöhnen von 4 Euro zur Anwendung kommen, die sich an den dortigen Verhältnissen

orientieren. Mit der Aufnahme der Zeitarbeitsbranche ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz muss ein Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche verankert werden, der für alle Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer in Deutschland – auch für die nach Deutschland entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – gilt. Und mit einem Antrag zum Themenkomplex Volkspartei geht die CDA auf die sieben Herausforderungen für die Volkspartei CDU im Fünf-Parteien-System ein.

Besonders wichtig wird aber auch die personelle Erneuerung der Führungsspitze sein. Sie besteht aus der Vorsitzenden, dem Generalsekretär, vier stellvertretenden Vorsitzenden, dem Bundesschatzmeister, sieben gewählten Mitgliedern des Präsidiums sowie 26 weiteren gewählten Bundesvorstandsmitgliedern. Die CDA schickt vier Kandidaten ins Rennen: Karl-Josef Laumann tritt erneut für das Präsidium an. Ingrid Sehrbrock, Regina Görner und Peter Wichtel treten zur Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes an. Außerdem unterstützen die CDU-Sozialausschüsse die Kandidatur von Elmar Brok, seit 2002 Präsident der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) und die der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen. ■



**Karl-Josef Laumann**

Geboren am 11. Juli 1957.

Verheiratet, drei Kinder. Ausbildung als Maschinenschlosser, seit 1974 Mitglied der CDU, seit 1977 Mitglied der CDA, 1979 bis 2004 Mitglied im Rat der Stadt Hörstel, 1980 bis 1986 Vorsitzender der Jungen Union Kreis Steinfurt, 1986 bis 1993 Vorsitzender der CDU Riesenbeck, 1986 bis 2010 Vorsitzender der CDU im Kreis Steinfurt, 1990 bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 2002 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, seit 2003 Vorsitzender der CDU Münsterland, seit 2004 Mitglied im Präsidium der CDU, seit 2005 Bundesvorsitzender der CDA, seit 2005 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, 2005 bis 2010 Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, seit Juli 2010 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen. ■



### **Ingrid Sehrbrock**

Geboren am 1. Juni 1948.

Seit Juni 2006 stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), seit Dezember 1999 Mitglied im Bundesvorstand des DGB; Juni 1997 bis Dezember 1999 Sozialreferentin an den deutschen Botschaften in Prag und Bratislava; seit 1974 CDU-Mitglied, seit 2006 Mitglied im Bundesvorstand der CDU, seit 1985 Mitglied im CDA-Bundesvorstand, seit 1987 stellvertretende CDA-Vorsitzende.

Arbeitsschwerpunkte: bildungspolitische Fragen, Jugend- und Frauenpolitik, arbeits- und sozialrechtliche Themen. ■



### **Peter Wichtel**

Geb. am 5.1.1949.

Verheiratet, 1 Tochter, 2 Enkelkinder.

Seit 1972 Mitglied der CDA, seit 1974 Mitglied der ÖTV, heute ver.di, seit 1975 Mitglied des Betriebsrates der Fraport AG, von 2002 bis Mai 2010 Betriebsratsvorsitzender, seit 1977 Mitglied der CDU, seit 1991 Stellv. Landesvorsitzender der CDA Hessen, 2000-2008 Beisitzer im CDU-Landesvorstand Hessen, seit 2004 Aufsichtsratsmitglied der Fraport AG, seit 2008 kooptiertes Mitglied im CDU-Landesvorstand Hessen, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied in den Ausschüssen Arbeit & Soziales und Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Träger des Preises „Soziale Marktwirtschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. ■



### **Dr. Regina Görner**

Geboren am 27. Mai 1950.

Seit 2005 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und seit 2000 Bundesvorstandsmitglied der CDU, von 1999 bis 2004 Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales des Saarlandes, von 1990 bis 1999 geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DGB 1989 Bezirkssekretärin der ÖTV Hessen, 1985 bis 1989 persönliche Referentin der Bundesministerin und Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, bis 1985 Studium und Promotion an der Universität Bochum. Seit 1968 CDU-Mitglied, ab 1979 Mitglied des Bundesvorstands der CDA.

Arbeitsschwerpunkte: Soziale Marktwirtschaft, christliche Soziallehre, Bildungspolitik, Frauen- und Familienpolitik ■

## Bildungs- und Teilhabeleistungen zielsicher für bedürftige Kinder

### Interview mit Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales



#### Dr. Ursula von der Leyen

seit 2009 Bundesministerin für Arbeit und Soziales

2005 – 2009 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

#### Die Verfassungsrichter haben Reformen vor allem bei den Kindern angemahnt. Was haben Sie vor?

Der Kern des Urteils lautet: Der Bund ist unmittelbar verantwortlich dafür, dass Kinder in der Grundsicherung

Teilhabe- und Bildungschancen haben wie ihre Altersgenossen. Diese Kinder müssen mitmachen können, dabei sein können in der Musikschule, im Förderunterricht, beim Mittagessen in der Ganztagschule, im Sportverein. Kinder dürfen nicht wegen der Arbeitslosigkeit der Eltern ausgeschlossen sein. Deshalb werden wir über Sachleistungen für ein Bildungspaket sorgen, das bedürftige Kinder auch erreicht. Nur gute Bildung und gesellschaftliche Teilhabe können davor schützen, dass sich Benachteiligung von einer Generation auf die nächste überträgt.

#### Wie kann das Bildungspaket für bedürftige Kinder und Jugendliche aussehen? Welche Rolle kommt den Eltern zu?

Bildungs- und Teilhabeleistungen müssen zielsicher bei den bedürftigen Kindern ankommen. Für den Lebensunterhalt gibt es das Basisgeld. Zusätzlich und neu ist das Bildungspaket mit vier Elementen: Lernförderung für Kinder, die in wichtigen Schulfächern nicht mitkommen, einem Schulbasispaket, das bei Bedarf für einen Atlas oder Taschenrechner sorgt, einem Zuschuss zum Mittagessen, wenn die Schule das anbietet und viertens Zugang zu einem Angebot außerhalb der Schule. Die Eltern sind an allererster Stelle in Verantwortung für ihre Kinder und sie entscheiden mit den Kindern, ob die freiwillige

Feuerwehr, der Fußballverein, der Kinderchor oder die Pfadfinder das Richtige sind. Aber die Wege dahin werden gebahnt, denn oft fehlt langzeitarbeitslosen Eltern nicht nur die Arbeitsstelle, sondern es fehlen auch Kontakte und das Wissen um den Zugang zu Angeboten. Hier nehmen wir elterliche Verantwortung nicht ab, sondern schaffen ihr einen starken Rahmen.

#### Was verbirgt sich hinter Ihrem Konzept des „Familienlotsen“?

Der „Familienlotse“ ist Wegweiser und Schaltstelle zwischen den Eltern und Kindern einerseits und andererseits den Trägern, Einrichtungen und Vereinen, die Kurse, Lernhilfen oder Sport anbieten. Der „Familienlotse“ ist ans Jobcenter angedockt, weil hier der regelmäßige Kontakt zu den Eltern stattfindet. In den Gesprächen mit den Eltern kann und soll auch die Situation der Kinder Thema sein: Wie läuft es in der Schule? Fehlt Kontakt zu Gleichaltrigen? Jobcenter und „Familienlotse“ kennen das kommunale Angebot und knüpfen je nach Bedarf den Kontakt zum Verein oder Träger.

#### Welche Vorteile hat Ihr Vorschlag einer Bildungskarte gegenüber einer direkten Auszahlung an die Eltern?

Wir hätten es uns einfach machen können: einen statistischen

Durchschnittsbetrag für Bildung und Teilhabe errechnen und diesen Betrag auf das Basisgeld aufschlagen. Aber so hätten wir unser Ziel und den richtigen Auftrag des Verfassungsgerichts meilenweit verfehlt. Es wäre niemand wirklich geholfen. Würde zum Beispiel der Durchschnittsbetrag für Lernförderung monatlich ausgezahlt, dann hätten Kinder, die in der Schule gut zurechtkommen, fünf oder sieben Euro mehr im Monat. Aber die Familie eines Schülers, der wegen Mathe sitzenzubleiben droht, könnte von diesem Geld Lernförderung weder bezahlen noch organisieren. Das Bildungspaket kehrt genau an den Stellen, wo es sinnvoll und machbar ist, ab vom Prinzip Gießkanne.

### **In welcher Zeit kann ein solches Vorhaben umgesetzt werden? Wie sieht Ihr Zeitplan dafür aus?**

Eltern, die Grundsicherung beziehen, können ab dem 1. Januar 2011 im Jobcenter die Leistungen des Bildungspakets beantragen. In einer Übergangsphase werden unterschiedliche Verrechnungssysteme angewandt werden. Die Bildungskarte ist der zweite Schritt, der so schnell wie möglich kommt, aber natürlich Anlauf braucht. Es wird Modellregionen geben, in denen wir das testen. Die Sache lohnt den Schweiß der Tüchtigen. Wir können es uns nicht weiter leisten, dass ein großer Teil unserer Kinder und Jugendlichen bei Bildung, gesellschaftlicher Einbindung und Entwicklungschancen in der zweiten Reihe steht.

**Vielen Dank für das Gespräch. ■**

## **Reklame in „eigener“ Sache**

### **Bewerbungstrainings im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter**

Es ist die gesellschaftspolitische Aufgabe der Christ-Sozialen, die sozialen Probleme zu analysieren und Hilfestellungen zu bieten. In diesem Zusammenhang hat die Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V. (CSP) in ihrer täglichen Arbeit mit jungen Menschen feststellen müssen, dass sie nicht immer ausreichend für ihre berufliche Zukunft vorbereitet werden. Die Gründe scheinen vielfältig und verleiten schnell zu Vermutungen und falschen Beschuldigungen. Ausschlaggebend ist, dass man den jungen Menschen ein qualifiziertes Angebot macht. Denn wir brauchen jeden nachwachsenden Kopf!

Das Bildungshaus der Stiftung CSP – das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) – setzt hier an. Das AZK bietet Trainings an, die die Kompetenzen der Jugendlichen verbessern sollen, damit sie sich im Bewerbungsverfahren bestmöglichst verkaufen können. Auf diese Weise trägt die Stiftung CSP dazu bei, Jugendliche in ihrer Persönlichkeit zu stärken und die Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Mithilfe unserer erfahrenen externen Dozenten gehen wir auf die individuellen Begebenheiten ein und geben praktische Tipps und Hinweise für verschiedene Situationen im Laufe des Bewerbungsverfahrens. Dies fängt an mit der Bewerbungsmappe und geht über ein Vorstellungsgespräch bis hin zu einem Assessment-Center. Die Dozenten sind dabei immer bereit, sich dem Vorwissen der Schülerinnen und Schüler anzupassen. Im Übrigen hat sich herausgestellt,

dass unser Angebot außerhalb der Schule in einer Atmosphäre ohne Leistungsdruck und ohne die starren schulischen Vorgaben von den teilnehmenden Jugendlichen mit verstärkter Bereitschaft zur Mitarbeit belohnt wird.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde besonders deutlich, dass die Thematik über den Schulkontext hinausweist, dass es eben um den erfolgreichen Einstieg in das anschließende Berufsleben geht. Darüber hinaus haben sich natürlich die positiven sozialen Effekte von gemeinsamen Seminaren gezeigt, nämlich Stärkung des Teamgeistes, bessere Verständigung in der Gemeinschaft über Geschlechter-, Religions- und Kulturgrenzen hinweg und eine grundsätzliche Bereitschaft, sich in den anstehenden Bewerbungsprozessen auch gegenseitig zu helfen und zu unterstützen.

Ganz besonders freut es die Stiftung und den verantwortlichen Referenten, wenn einige Zeit nach den Trainings ein Feedback erfolgt und von den erfolgreich verlaufenen Bewerbungsverfahren bei den Unternehmen berichtet wird. Schon jetzt freuen wir uns auf die Jugendlichen, die im Verlauf der zweiten Jahreshälfte unser Haus mit Leben erfüllen und sich auf ihre Zukunft vorbereiten werden!

**Herzlich willkommen in Königswinter! ■**

**Mehr Infos: [www.azk.de](http://www.azk.de)**

## Über die Vergleichbarkeit von Abschlüssen Bildung als Werkzeug und persönlicher Einsatz als Erfolgsbringer



*Stephan Convent (Bundesschatzmeister) & Sebastian Brewe (stv. Bundesvorsitzender) vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)*

Während vor Jahrtausenden die Menschen sich weitgehend selbst versorgten und von der Nahrungsmittelbeschaffung über Reparaturarbeiten bis hin zur Werkzeugproduktion einen Großteil der zu verrichtenden Arbeit selbstständig übernahmen, sieht die heutige Situation gänzlich anders aus.

Es haben sich Berufe gebildet und die Arbeitsteilung führt dazu, dass sich Spezialisten jeweils in ihrem eigenen Arbeitsgebiet betätigen und im Austausch mit weiteren Menschen Leistung erbringen. Diese sich beschleunigende Spezialisierung führt zu Bildungserfordernissen und einer Vielzahl von Abschlüssen. Häufig diskutiert wird die Frage nach der Vergleichbarkeit und der Aussagekraft von Abschlüssen.

Für uns als RCDS ist die Frage oftmals hochinteressant, da der eine Abschluss zugleich die Voraussetzung für einen Folgeabschluss sein kann. So gilt ein Meistertitel als Fachhochschulzugangsberechtigung. Damit ist der Meister theoretisch gleichwertig mit dem Fachabitur. Allerdings unterscheiden sich die Ausbildungsinhalte: Ein Meister verfügt im Allgemeinen über eine deutlich bessere und breitere Ausbildung als der durchschnittliche Fachabiturient.

Die Schwierigkeiten im inländischen Vergleich werden ergänzt durch unterschiedliche Konzeptionen und Messungen in unterschiedlichen Ländern. So beklagen viele Studien (bisweilen zu Recht) die zu geringe Akademikerquote in unserem Land. Allerdings werden in Diskussionen häufig Argumente vernachlässigt, die unser international gelobtes duales Ausbildungssystem einbeziehen. Das deutsche duale Ausbildungssystem beweist, dass hervorragende Ausbildung auch abseits von Hochschulen möglich ist. Lehre und Ausbildung setzen für die Berufsausbildung Qualitätsmaßstäbe, die ihresgleichen in der Welt suchen.

Noch deutlich stärker als bei den Berufsakademien und Fachhochschulen steht hierbei die Praxis im Vordergrund. Universitäten gar wollen ausdrücklich keine Berufsausbildung bieten, sondern wissen-

schaftliche Fähigkeiten und Fachwissen vermitteln. Somit ist auch ein genauer Vergleich zwischen Studium und Ausbildung schwierig. Die Fähigkeit zum selbstständigen Arbeiten und auch Lernen wird im Studium verstärkt vermittelt. Dadurch soll ein Hochschulabsolvent im anschließenden Berufsleben seinen Mangel an Praxiswissen ausgleichen. Stets muss allerdings festgehalten werden, dass wenig so wertvoll ist wie das Praxiswissen innerhalb eines Unternehmens. Ebenfalls muss festgehalten werden, dass in unserer heutigen Gesellschaft lebenslanges Lernen keine Option, sondern die Grundlage unserer Wirtschaft ist. Auch in den kaufmännischen Ausbildungsberufen gibt es zahlreiche Fortbildungsmaßnahmen, die eine vertiefte Ausbildung ermöglichen. Beispielsweise hat der Bilanzbuchhalter eine fundierte Ausbildung genossen.

Dies ersetzt zwar noch kein Studium mit Steuerschwerpunkt, wertet aber die berufliche Ausbildung deutlich auf. Das Kerngeschäft des RCDS ist die Hochschulpolitik. Auch wir diskutieren sehr häufig über Vergleichbarkeiten. Diese Diskussion ist aber mitnichten einfach, auch wenn sie nur die Hochschulen fokussiert. Hochschulabschlüsse lassen sich ebenfalls nicht einfach vergleichen. Während an Universitäten großer Wert auf die wissenschaftliche Ausbildung gelegt wird,

ist der Fokus bei Fachhochschulen und Berufsakademien auf die praxisnahe Wissensvermittlung gelegt. Diese unterschiedliche Schwerpunktsetzung führt nicht nur zu einer unterschiedlichen Kompetenzbildung, die wirtschaftlich sinnvoll und wünschenswert ist, sondern auch zu Schwierigkeiten bei der Vergleichbarkeit. Gemeinhin wird der Universitätsabschluss als der hochwertigste Abschluss unter den drei genannten angesehen. Allerdings wird die praxisnahe Ausbildung insbesondere durch die Wirtschaft gefordert und gefördert. Somit ist der Universitätsabschluss keine Garantie für eine erfolgreichere Karriere. Die Sprosse der Karriereleiter wird – so jedenfalls die Theorie – vielmehr erst durch den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt erklommen. Die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Hochschulausrichtungen verschwimmen zunehmend.

Der Prozess, der diese Entwicklung begünstigt, ist der so genannte Bologna-Prozess, der tief greifende Reformen in der deutschen Hochschulausbildung zur Folge hat und daher im Mittelpunkt unserer Arbeit steht. Zum einen führt die Straffung der Curricula zu einer gewissen Verschulung, zum anderen ermöglicht die Einführung des Bachelors das schnellere Erreichen eines ersten akademischen Titels und erleichtert den Wechsel zwischen verschiedenen Hochschulen und Hochschulformen zum anschließenden Master.

Bildungsabschlüsse gleich jeder der Konzeption sollen aus un-

serer Sicht als geschützte Marken fungieren. Dies ist wichtig, damit mit einem Titel auch eine gewisse Qualitätserwartung einhergehen kann. Derzeit sind nicht alle Abschlüsse geschützt. Beispielsweise können die Abschlüsse „Bachelor“

Bedeutung. Nur aufgrund des Vertrauens ist es möglich, dass Erwartungshaltungen vor Beginn einer Ausbildung befriedigt werden und ein Arbeitgeber den geeigneten Kandidaten für eine Arbeitsstelle finden kann. So ist der deutsche

Meister oder der Diplom-Ingenieur nur deshalb so wertvoll, weil hinter diesen Titeln gute Leistung steckt.

Die oftmals vor Jahrzehnten eingeführten Titel befinden sich nun in einem neuen Wettbewerbsumfeld, das eine Flexibilisierung der Zugangsvoraussetzungen und somit auch eine Flexibilisierung bei der Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen erforderlich macht. Doch auch welchen Abschluss in Zukunft Bürger erwerben, so bleibt das individuelle Engagement entscheidend. Niemals kann und darf ein Abschluss der alleinige Erfolgsgarant sein, sondern kann lediglich als ein Werkzeug dienen. Der berufliche Erfolg wird sich erst einstellen, wenn der Absolvent seine praktischen Fähig-

keiten unter Beweis stellt. Egal, ob Bachelor oder Geselle und egal, ob Master oder Meister. ■



## Vorbildlich: eine Krankenversicherung mit eingebauter Altersvorsorge

Die private Krankenversicherung macht es vor: Sie trifft Vorsorge für die im Alter steigenden Gesundheitskosten ihrer Versicherten. Ein verlässliches Polster, das alle Finanzkrisen unbeschadet überstanden hat und auch in Zukunft eine optimale medizinische Versorgung sichert. Ganz ohne staatliche Zuschüsse. So schont die private Krankenversicherung auch alle Steuerzahler. [www.gesunde-versicherung.de](http://www.gesunde-versicherung.de)

**PKV – Die gesunde Versicherung.**

und „Master“ frei vergeben werden. Allerdings ist Vertrauen in die Qualität von Abschlüssen von großer

## Aus schlechten Schülern gute Fachkräfte machen

### Das deutsche Berufsbildungssystem vor neuen Herausforderungen



#### Regina Görner

Mitglied im CDA-Bundesvorstand, Geschäftsführendes Mitglied im Vorstand der IG Metall

Die Zeichen in der deutschen Wirtschaft stehen auf Aufschwung. Die befürchteten abermaligen Rückgänge des Ausbildungsplatzangebotes sind anscheinend ausgeblieben. Manches spricht dafür, dass 2010 das Vermittlungsergebnis des Vorjahres leicht überschritten wird. Aber die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge war in den letzten Jahren so stark geschrumpft, dass der kleine Anstieg keine wirkliche Wende bringt. Zugleich

mehren sich Hinweise auf Fachkräftemangel in verschiedenen Branchen

Die Zahl der jährlichen Schulabgängerinnen und -abgänger ist rückläufig; in Ostdeutschland ist der Prozess bereits seit zwei, drei Jahren unübersehbar, im Westen sind die Rückgänge in der Nachfrage zurzeit eher regional zu spüren. Aber nichts ist so sicher prognostizierbar wie die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger in den nächsten Jahren: Sie bleibt eindeutig rückläufig. Deshalb müssten alle Betriebe wissen: Jetzt sollte man schleunigst für die azubiarmen Zeiten vorsorgen, wenn man nicht hinterher ohne Fachkräfte dastehen will. Genau das aber geschieht nicht! So müssen wir auch in diesem Jahr wieder mit einem Zuwachs an Jugendlichen rechnen, die die gewünschte Berufsausbildung nicht aufnehmen können. Und hinzu kommen die jungen Leute, denen in den Vorjahren das gleiche widerfahren ist und die sich mit schulischen Warteschleifen oder irgendwelchen Übergangslösungen zufriedengeben mussten.

#### Herausforderung nicht verstanden

Wenn gleichzeitig Vertreter der Wirtschaft wieder massiv über jugendliche Bewerber klagen, die nicht ausbildungsfähig seien, dann zeigt dies, dass die Ausbildungs-

betriebe noch nicht verstanden haben, vor welcher Herausforderung sie künftig stehen werden. In Zeiten großer Bewerberzahlen konnten sie ihre Erwartungen hochschrauben und sich darauf beschränken, Jugendliche mit guten schulischen Voraussetzungen in die Ausbildung zu nehmen. Mittlerweile haben schon Real-schülerinnen und -schüler Probleme bei der Ausbildungsplatzsuche. Die Erwartungshaltungen sind so stark gestiegen, dass heftig darüber geklagt wurde, dass Jugendliche mit Abitur sich nicht für eine duale Berufsbildung, sondern nur für ein Studium entscheiden. Spätestens jedoch seit der Vorlage der neuen OECD-Studie wissen wir: Der Anteil der Studierenden an einem Altersjahrgang fällt in Deutschland im internationalen Vergleich tendenziell eher zu niedrig aus. Die Hoffnung, dass automatisch mehr AbiturientInnen in eine Berufsausbildung streben, sollte die Wirtschaft also besser begraben. Schließlich braucht sie in zunehmendem Maße auch die akademisch Qualifizierten im Betrieb.

Steigende Studentenzahlen und rückläufige Jahrgangsstärken bei gleichzeitig annähernd stabiler Nachfrage nach Menschen mit Facharbeiterqualifikation bedeutet aber eines: Die Azubis der nächsten Jahre werden in aller Regel mit schlechteren Voraussetzungen

aus den Schulen kommen als man dies in der Vergangenheit gewöhnt war – und zwar nicht, weil die Schulen weniger leistungsfähig sind und die Jugendlichen weniger bildungsbereit! Viele fragen besorgt, ob das denn überhaupt funktionieren könne. Schließlich seien die Ansprüche in den Ausbildungsberufen in den letzten Jahren eher gestiegen und die Hürden für die schwächeren Jugendlichen einfach zu hoch. Ich wundere mich, dies gelegentlich auch aus der Wirtschaft zu hören, denn die sollte es eigentlich besser wissen: Das duale Ausbildungssystem ist sogar besonders gut geeignet, das Problem der Zukunft zu lösen: aus schwachen Schülern gute Fachkräfte machen.

### **Einzigartige Möglichkeiten**

Immer wieder berichten mir AusbilderInnen von jungen Menschen, die sich in der betrieblichen Ausbildung wie der Phönix aus der Asche entwickeln. Sie schaffen nicht nur ihren Ausbildungsabschluss, sondern qualifizieren sich weiter, weil sie mit einem Mal Spaß am Lernen bekommen haben. Diese Fälle sind kein Zufall, denn das duale Berufsbildungssystem hat einzigartige pädagogische Möglichkeiten, über die die Schulen nicht verfügen und die die Potenziale junger Menschen, die in der Schule oft nicht klar kommen, in einer Weise entwickeln, die man nicht vermutet hätte.

Wir wissen heute aus der Hirnforschung, dass menschliches Lernen sich in sehr unterschiedlichen For-

men vollzieht: Manche Menschen lernen besonders gut Dinge, die sie hören. Andere sprechen eher auf visuelle Eindrücke an. Unsere Schulen betonen vor allem diese beiden Lernweisen über Hören und Sehen. Aber es gibt eine dritte Lernweise: Etwas mit den eigenen Händen tun, Handeln überhaupt, gehört ebenfalls zu den Lernformen, in denen sich Menschen Wissensinhalte aneignen.

Lernen über Handeln ist aber genau die Lernweise, die in der dualen Berufsausbildung eine große Rolle spielt. Handlungsorientierung ist das Grundprinzip moderner Berufsausbildungen, die damit die Potenziale gerade der Menschen entwickeln können, die mit den eher schulischen Lernweisen über Hören und Sehen nicht die besten Ergebnisse erzielen.

### **Ausbildung im Ernstfall**

Und betriebliche Berufsbildung kann noch etwas: Sie ist immer Ausbildung im Ernstfall, während Schule Ernstfall immer nur simulieren kann. Ernstfall bedeutet: Ich habe mit realen Aufträgen, mit echten Kunden, mit wirklichen KollegInnen zu tun, die sich auf mich verlassen wollen, für die ich Verantwortung übernehmen muss. Deshalb haben demotivierte, schulumüde Jugendliche in diesem System so große Chancen. Tatsächlich aber haben wir gerade diese Gruppe von Jugendlichen in der Vergangenheit von der dualen Berufsbildung ausgegrenzt, sie in schulische Warteschleifen geschickt und sie damit immer

neuen Misserfolgserfahrungen ausgesetzt – im Übrigen zu hohen individuellen und gesellschaftlichen Kosten.

Jetzt, in Zeiten des demografischen Wandels, sind Veränderungen unabdingbar. Die problematischen Schüler brauchen endlich eine Chance und die Betriebe in Deutschland sollten sie ihnen geben. Die Rahmenbedingungen dafür sind gut: Seit einiger Zeit bietet die Bundesagentur für Arbeit ausbildungsbegleitende Hilfen für Azubis mit Schwierigkeiten an. Jetzt ist auch psychosoziale Betreuung möglich. Und es gibt inzwischen sinnvolle Modelle für innerbetriebliche Vorbereitungsmaßnahmen im Vorfeld einer Ausbildung. IG Metall NRW und der Arbeitgeberverband NRW Metall haben dazu einen vorbildlichen Tarifvertrag abgeschlossen, dessen Modell auch in anderen Branchen und Bundesländern praktiziert werden kann und der weit über das hinausgeht, was beispielweise mit Einstiegsqualifizierung für Jugendliche erreicht werden kann. Jetzt kommt es nur auf die Bereitschaft der Arbeitgeber an, ihr hervorragendes Qualifikationsinstrumentarium endlich auch den jungen Leuten zur Verfügung zu stellen, die bisher leer ausgegangen sind. Die Zeit ist dafür überreif.

Der Handwerkskammerpräsident Otto Kentzler hat kürzlich in einem Interview Jugendlichen, die mit Defiziten aus den Schulen kommen, signalisiert: Wir kriegen Euch hin! Recht hat er! ■

## Ewiggestrige bei den Unternehmensmanagern! von Willi Zylajew MdB



Willi Zylajew vor Ort im Gespräch

Es gehört zu den Ritualen unserer Sozialen Marktwirtschaft. Geht es bei der Konjunktur abwärts, kommt gebetsmühlenartig folgender Hinweis aus dem Funktionärslager der Arbeitgeber: „Bitte keine Lohnforderungen und keine Lohnerhöhungen, denn sonst beschleunigt sich die negative Konjunkturentwicklung.“ Geht es wieder aufwärts, lauten die Forderungen ebenfalls: „Bitte keine Lohnforderungen und keine Lohnerhöhungen, sonst wird der Aufschwung gebremst.“ Entsprechend haben sich Arbeitgeberfunktionäre dieser Tage geäußert.

Bei allem Respekt vor dem Tun redlicher Unternehmer und deren Verbandsvertretern, diese Aussagen sind wie Aqua destillata – durchsichtig und geschmacklos. Dies vor dem Hintergrund der aktuellen Situation.

Mit Beginn der Wirtschaftskrise 2007/2008 haben die Gewerkschaften mit der gesamten Arbeitnehmerschaft zeitnah reagiert und vorbildlich gehandelt, haben sich in Lohnzurückhaltung geübt und nur mäßige Forderungen gestellt. Eine beispielhafte gesamtgesellschaftliche Verantwortung demonstrierten z.B. die IG BCE und die IG Metall. Die Stärkung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit und die Sicherung der Arbeitsplätze standen im Vordergrund des gewerkschaftlichen Handelns. Dieses vorwärtsgerichtete und situationsgerechte Denken hat die Unternehmen in der Krise gestärkt und hochwertige Arbeit zu wettbewerbsfähigen Kosten gesichert. Von diesem Verhalten sollten sich manche Vertreter der Unternehmerschaft eine Scheibe abschneiden.

Nun steigen die Umsätze und Erträge vieler Unternehmen schneller als erwartet. Sicherlich sollte man sich nicht zu früh freuen. Dennoch haben die Belegschaften der Unternehmen, die im brutalen internationalen Wettbewerb stehen, einen Anspruch auf Teilhabe am Erfolg und damit auf die Erhöhung der Löhne und Gehälter. Nur Ewiggestrige kommen in solch einer Situation mit der alten Leier und verweigern der Arbeitnehmerschaft eine gerechte Teilhabe.

Durch dieses Denken kommt die deutsche Marktwirtschaft sprichwörtlich auf den Hund(t). ■

## Zur Ordnung von Karl Schiewerling MdB



„Erklären Sie mir mal, warum ich für mein Unternehmen keine Betriebsmittelkredite bekomme?“ „Was habe ich mit Finanzjongleuren zu tun?“ „Die

Finanzmärkte gehören kontrolliert!“ So oder ähnlich reagierten viele mittelständische Unternehmer in meinem Wahlkreis. Und in Reaktion auf die akzeptierten Stützungsmaßnahmen des Staates war der Kommentar bei allen eindeutig: Steuersenkung und -erhöhung ist nicht angesagt, aber der Abbau der Staatsverschuldung.

Die Wirtschaftskrise war nicht nur ein volkswirtschaftliches Ereignis. Sie hat in der Einstellung der mittelständischen, inhabergeführten Betriebe und in den Köpfen der Arbeitnehmer und damit in der Bevölkerung viel verändert. Viel verändert in der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft: Nicht mehr der Ruf nach Rückzug des Staates, dem Wegfall der Tarifverträge oder dem Abbau von Sozialleistungen steht bei den Menschen im Mittelpunkt, sondern die Frage der Ethik der in Wirtschaft und Politik Handelnden und die Frage der Gerechtigkeit. Es gab kein von mir besuchtes Unternehmen, das sich nicht Gedanken über Werte und Unternehmenskultur macht.

Es hat sich etwas verändert, auch in der Einstellung zu Menschen, die von Sozialhilfe abhängig sind. Die Forderung ist klar: Jeder soll tun, was er kann. Und wenn das nicht gelingt, erst dann hat er Anspruch auf Hilfe. Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen sich uns anpassen, sollen Deutsch lernen. Aber bitte keinen Menschen pauschal verunglimpfen. Auf die respektvolle Sprache kommt es an. Weil Sprache Bewusstsein bildet. Es ist die Aufgabe der Christlich-Sozialen, nun

ihre Wertvorstellungen deutlich zum Ausdruck zu bringen und in die Politik einzubringen. Das christlich-soziale Konzept ist das Zukunftskonzept, weil die Ideen und Vorstellungen – übrigens als einzige – eindeutig auf der Grundlage der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik fußen. Zuerst kommt die Selbstverantwortung und erst dann die notwendige Solidarität.

Konkret: Die Gesellschaft ist nicht nur eine Anhäufung von Individuen, sondern bestehen in ihrer Buntheit und Vielfalt immer noch aus Menschen, die miteinander leben und aufeinander bezogen sind. In dieser Gesellschaft tut jeder das, was er kann und strengt sich an, um den Lebensunterhalt für sich und seine Familie zu verdienen. Gelingt das nicht, hat er Anrecht auf Unterstützung durch die Gesellschaft. Dazu müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehört ein Einkommen, von dem man sich und seine Familie ernähren kann. Die Löhne handeln zumeist Arbeitgeber und Gewerkschaften aus. Haben sie sich auf einen Lohn verständigt, ist dies die Grundlage für tarifliche Mindestlöhne. Das verstößt nicht gegen die Ordnungspolitik.

Prof. Müller-Armack, ein wichtiger Begründer und Namensgeber der Sozialen Marktwirtschaft aus Münster, Staatssekretär bei Ludwig Erhard, weist in seinem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ darauf hin, dass Mindestlöhne mit der Ordnung der Wirtschaft vereinbar sind, wenn sie sich im Wesentlichen an die Höhe des Gleichgewichtslohnes halten.

Zur christlich-sozialen Ordnung gehört, dass die Keimzelle der Gesellschaft die Familie ist. Die Sozialpolitik fußt in ihren Strukturen auf Familie und wirtschaftlicher Prosperität. Wirtschaften aber ist nicht nur ein materieller Vorgang, sondern auch zuvörderst verantwortliches Handeln. Unternehmen leben nicht nur für sich, sondern sind in die Gesellschaft eingebunden. Bei aller Größe ihrer Unternehmen haben beispielsweise VW und Siemens erfahren müssen, dass auch sie sich bei internen Vorgängen an Gesetz und Ordnung zu halten haben. Gesetze und Regeln, die nicht vom Unternehmen selbst, sondern von Gesellschaft und Staat bestimmt werden. Und jeder Handwerksmeister weiß, dass sein Handeln von der Bevölkerung seiner Gemeinde akzeptiert werden muss. Von einem guten Ruf als Unternehmer lebt das Unternehmen.

Wirtschaft ist Teil gesellschaftlicher Verantwortung. Kapital hat den Menschen zu dienen und ist kein Selbstzweck! Das sind die Botschaften, die unser politisches Handeln bestimmen müssen, wollen wir für politisches Handeln wieder die Zustimmung der Menschen erreichen.

Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft hat die Bundesrepublik zu einem blühenden Land gemacht. Grundlage dazu waren Werte wie Verlässlichkeit und Maß. Das Pendel schlägt vom Liberalismus zurück. Bleibt es über dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft stehen, zeigt es auf die christlich-soziale Grundordnung. ■

## „Schönen guten Tag, was kann ich für Sie tun?“ Ein Tag im Jobcenter in Berlin-Neukölln.



Im August 2010 hospitierte ich einen Tag lang im Jobcenter Berlin-Neukölln. Es ist nur ein kurzer Einblick, den ich an diesem Tag bekomme. Vielleicht ist es auch ein verzerrtes Bild, das sich in der Kürze zeichnet. Dennoch soll dies einen Anstoß zur Diskussion zu liefern.

Am U-Bahnhof Boddinstraße angekommen, oszilliert um mich herum ein eigenes Leben. Kleine bunte Läden, ein bisschen kitschig, und viele Kinderwagen, die meinen Weg kreuzen. Hier im Berliner Bezirk Neukölln schwingen Roger Ciceros Zeilen in mir: „...ein Duft, wie ein Schuss Adrenalin – Chanel, Kebab, Benzin...“. Er hat Recht. Ich frage mich durch – nach dem Weg zum Jobcenter. Plötzlich bildet sich eine kleine Menschentraube um mich herum. So viel polyglotte Fürsorge fremder Menschen habe ich bisher

nur in einem süditalienischen Dorf erlebt, als ich mich mit dem Auto hoffnungslos im Nirwana verfranst hatte.

Wenig später stehe ich im Eingangsbereich des Jobcenters. Es scheint schlicht und unaufgeregt: Viel Grau, die Wände ausgezeichnet mit ein paar wegweisenden Zahlen und Buchstaben. Mich empfängt ein Jobvermittler in kariierter Hose, glattgebügeltem Hemd, glatzköpfig und eckiger Brille mit dunklem Rand. Ich folge ihm in sein Büro und setze mich. Es ist ziemlich schlicht eingerichtet. Ein Tisch, darauf ein Computer und ein paar Flyer von Vereinen aus dem Kiez: „Hilfe bei Schulden“, „Psychologische Beratung“. In diesem Raum werden also Arbeitsplätze vermittelt. Ich bin gespannt.

Der erste „Kunde“, so wird der normale Jobsuchende hier genannt, betritt den Raum. Eine ältere Dame, die erst kurz mich, dann dem Vermittler leicht verunsichert in die Augen schaut. Ihr halt ein beschwingtes „Schönen guten Tag. Was kann ich für Sie tun?“ entgegen. Nach nur wenigen Sätzen weiß ich, sie war Filialeiterin bei einer großen Supermarktkette, ihr Vater ist Alkoholiker und leidet an Alzheimer. Sie ist 60 Jahre alt. Nun arbeitet sie jeden Samstag zwei bis drei Stunden als Verkäuferin in einem Babygeschäft. Mehr schaffe sie aus gesundheitlichen

Gründen nicht. Der Jobvermittler macht hier und da Notizen. Sie lässt mich dabei teilhaben an ihrem Leben. Ihre „Diagnose“ für den Arbeitsmarkt ist schnell gefällt: „Gesundheitliche und familiäre Vermittlungshemmnisse und altersbedingt erschwerter Marktzugang.“ Ich schlucke und fühle mich ein wenig unwohl. Es ist ruhig. Sie lächelt mich mitleidig an. Ich lächle gequält zurück, während der Vermittler resümiert: „In ihrem Fall ist keine weitere Veranlassung notwendig.“

### Individuelle Hilfe

Wenig später erklärt ein zugezogener Akademiker lakonisch seinen Werdegang und seine Vorstellungen. Alles wohl präzise. Ausbildung als Kaufmann im Einzelhandel, danach an der Uni Pädagogik studiert. Wenn man das im Job kombinieren könne, wäre das gut. Der Vermittler druckt eine Reihe Stellenangebote aus, von denen der Großteil nur über private Arbeitsvermittler über Vermittlungsgutschein vermittelt werden kann. Ihm seien die Hände gebunden: „Acht Wochen müssen sie warten. Der Gesetzgeber will das so. Erst dann kann ich Ihnen helfen. Bis dahin müssen Sie sich selbst bewerben.“ In der Eingliederungsvereinbarung werden ihm später 10 Bewerbungen abverlangt. Wird „individuelle Hilfe“ bei der Arbeitsvermittlung so definiert? Der

Jobvermittler resümiert zufrieden: „Eine Tätigkeit im 1. Arbeitsmarkt scheint realistisch.“

Nach einer kurzen Pause betritt ein junger Mann das Zimmer. Auch er ist kein gebürtiger Berliner, sondern zugezogen. Er hat eine bewegte Geschichte. Auf dem einen Auge ist er erblindet. In der Türkei habe man ihm als Kind mit einem Druckluftgewehr ins Gesicht geschossen. Kurze Stille. Der Jobvermittler fragt nach seinem Schulabschluss; er notiert: „Nicht vorhanden“. Auch eine Ausbildung hat er nicht. Mit 29 Jahren wird er es schwer haben. „Was haben sie denn die letzten Jahre gemacht?“, fragt der Vermittler. Der Mann lächelt verschmitzt: „Hier und da ein paar 1-Euro-Jobs.“ Der Vermittler schaut auf den Rechner. Ich lege meinen Kugelschreiber beiseite und sehe ins Pokergesicht des Vermittlers. Er sieht in seinem Computer, dass sein Kunde die letzten zwei Jahre in Haft verbracht hat. Noch während ich dem jungen Mann ins Gesicht schaue und nach möglichen Haftgründen frage, weist er auf seine Achillesferse hin. Sie tue ihm weh, doch die Ärzte kontrollierten nicht richtig. Er könne so nicht arbeiten. Der Vermittler schiebt seine Brille weiter hoch auf die Nase und fragt nach persönlichen Kompetenzen. Er schaut auf den Boden und sagt: „Zuverlässig und kreativ.“ Der Vermittler nennt als Ziel die Integration in den ersten Arbeitsmarkt und verordnet hierfür die „Maßnahme GANZIL“. Klingt für mich ein wenig wie ein Medikamentenrezept. Ich lasse mich eines Besseren belehren: Verordnet wird ein Bewerbungstraining. Der Kunde

wirkt leicht genervt. Er fragt nach Anspruch auf Urlaub. Die Luft im Raum wird leicht elektrisiert: „Urlaub? Sie sind doch hier, weil sie eine Arbeit suchen?“, entgegnet der Jobvermittler einatmend, heftet dabei ein paar Dokumente zusammen und legt sie in eine Mappe. Der Kunde nickt abschließend brav, lächelt und stapft mit einem „Schönen Tag noch!“ aus der Tür.

### „Da helfen auch keine Sanktionen“

In der Pause zieht der mit stoischem Blick an seiner Zigarette: „Bei solchen Leuten kann man nichts machen. Da helfen auch keine Sanktionen. Die holen sich ein Attest vom Arzt und dann sind mir hier die Hände gebunden. Es ist diese Dreistigkeit, die sie vermittlungsunfähig macht.“ Ich schaue auf den leeren Boden meines Kaffeebechers und frage, ob ihn das manchmal wütend macht. „Solange ich nicht beschimpft werde, ist es gut. Eine Kollegin von mir ist dann manchmal ziemlich aufgelöst.“

Während ich am Ende des Tages das Jobcenter verlasse, frage ich mich: Wem konnte wirklich geholfen werden? War die Achtung vor dem Menschen das tragende Moment bei den Vermittlungsgesprächen? Was kann wem überhaupt zum Vorwurf gemacht werden? Mir wurde der Vermittler als „Frontschwein“ bewusst – zwischen den hohen Erwartungen der Jobsuchenden und den Anforderungen der Politik. Die Erwartungen der Politik sind eine schnelle Aktivierung und Integration der Menschen in den ersten Arbeits-

markt. Sicher, um die Kosten für die Allgemeinheit möglichst gering zu halten. Wenn aber Schnelligkeit und Quantität zum Primat der Vermittlung werden, wo steht dann der einzelne Mensch? Spätestens dann wird das Stichwort Motivation relevant. Dahinter steckt die Gefahr, dass sich die Motivation des Arbeitsvermittlers an der Demotivation seiner Kunden aufbraucht. Wie halte ich die Motivation der Jobvermittler auf hohem Niveau, um schließlich eine effiziente Vermittlung zu leisten? Vermittlung heißt nicht nur den Idealtypus des hoch motivierten Akademikers in Arbeit zu bringen. Vermittlung ist vor allem der Kampf mit Demotivation, Frustration, aber auch mit jeder Menge menschlicher Probleme. Auch „schwierige Kunden“ müssen bedient und nicht nur ruhiggestellt werden. Sie sind sicherlich keine Mehrheit unter den Arbeitssuchenden, aber können dem Vermittler aufgrund ihrer Profillage einen Großteil seiner Ressourcen in Anspruch nehmen. An diesen Punkten wird deutlich: Beide Seiten brauchen Hilfe. Der Jobsuchende, aber auch der Jobvermittler. Ob Weiterbildung und eine höhere Bezahlung für Arbeitsvermittler eine Lösung des Problems wären, sollte Anlass zu weiterführenden Diskussionen geben. Welchen Beitrag kann Politik – und vor allem wir als CDA – leisten, um Arbeitsvermittlern mehr Mittel und Möglichkeiten an die Hand zu geben? Motivation lässt sich schließlich nicht per Gesetz verordnen. ■

*Steven Kunert,  
Gesellschaftspolitischer Referent der  
CDA Deutschlands*

## Zeitarbeit – gerecht gestaltet! Mindestlohn und Equal Pay

Der CDA-Bundesvorstand hat in seiner Sitzung vom 3./4. September einstimmig ein Positionspapier unter dem Titel „Zeitarbeit – gerecht gestaltet!“ verabschiedet. Darin wird die augenblickliche Situation der Zeitarbeitsbranche in Deutschland dargestellt und analysiert. Auch in unsere Nachbarstaaten wird ein Blick geworfen. Anschließend werden die Maßstäbe und Grundsätze unserer Politik skizziert. Daraus leitet sich dann schließlich der Entwurf einer Politik für Gerechtigkeit in der Zeitarbeitsbranche ab.

In dem Beschluss heißt es: „Wir wollen die Chancen der Zeitarbeit erhalten, ihren Missbrauch aber gesetzlich unterbinden [...] CDA-Politikerinnen und Politiker in Bundesregierung und Bundestag bereiten nun eine gesetzliche Regelung vor, um den Drehtüreffekt (Konzerninterne Verleihung, „Schlecker-Klausel“) zu unterbinden. Das begrüßt die CDA Deutschlands ebenso wie die Tatsache, dass die Koalition im Rahmen der Umsetzung der EU-Leiharbeitsrichtlinie die Situation der Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter weiter verbessern wird.“

Weitergehend fordert die CDA aber vor dem Hintergrund der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Mai 2011 die Aufnahme der Branche ins Arbeitnehmerentsendegesetz. Auf diese Weise muss ein Mindestlohn für die Branche verankert werden,

der für alle Zeitarbeiter in Deutschland – auch für die nach Deutschland entsandten Arbeitnehmer – gilt.

Die Aufnahme ins Entsendegesetz und damit die Verankerung eines Mindestlohns ist eine notwendige, aber keine hinreichende Maßnahme, um Lohngerechtigkeit zwischen Zeitarbeitnehmern und Stammbesetzungen herbeizuführen. Vielmehr kommt es entscheidend darauf an, dass für gleiche Arbeit auch gleicher Lohn gezahlt wird. Daher tritt die CDA dafür ein, dass nach einer Einarbeitungszeit der Equal-Pay-Grundsatz gelten muss – ohne Möglichkeit, davon (wie derzeit durch Zeitarbeitsvertrag) abzuweichen. Die Einarbeitungszeit soll so bemessen sein, dass einerseits echte Einarbeitung möglich ist, dass es sich andererseits für den Entleihbetrieb aber nicht lohnt, Zeitarbeiter nach Ablauf dieser Einarbeitungszeit einfach auszutauschen. Der Abschlag vom Lohn der Festangestellten während dieser Einarbeitungszeit muss der Höhe nach begrenzt sein.

Lohngerechtigkeit ist der entscheidende Schlüssel. Von der Verwirklichung des „Equal Pay“-Grundsatzes versprechen wir uns nicht nur bessere Einkommen für die Betroffenen, sondern auch strukturelle Verbesserungen, weil der missbräuchliche Einsatz weniger attraktiv wird. Sollte sich nach

der Verwirklichung des Equal-Pay-Grundsatzes herausstellen, dass die strukturellen Probleme (sehr hohes Risiko, entlassen zu werden, lange Einsatzzeiten im Betrieb) nicht gelöst sind, so müssen in einem zweiten Schritt weitere Maßnahmen geprüft werden.

Wenn Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter ein besonderes Arbeitsmarktrisiko tragen, so könnten sie (und auch andere flexibel, z.B. befristet beschäftigte Arbeitnehmer) für den Fall der Arbeitslosigkeit besser abgesichert werden, wobei der Arbeitgeber allein die zusätzlichen Kosten zu tragen hätte. Es kann nicht sein, dass die jeweiligen Unternehmen allein den Nutzen der Flexibilität haben, während die betroffenen Arbeitnehmer bzw. die Beitragszahler zur Bundesagentur für Arbeit die Lasten tragen.

Der Tendenz, dass Zeitarbeiter nur kurzfristig beschäftigt werden, um sie mit dem Ende des Einsatzes im Entleihbetrieb wieder in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, kann auch durch eine Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes begegnet werden.“ ■

Den vollständigen Wortlaut können Sie auf der Homepage unter <http://www.cda-bund.de/file-admin/uploads/cda-deutschlands/pdf/grundsatzpapiere/Zeitarbeit.pdf> herunterladen oder in der Hauptgeschäftsstelle anfordern.

## Mustertarifverträge schon in der Schublade

Eine Delegation der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit ihrem Vorsitzenden Peter Weiß, Katharina Landgraf und Willi Zylajew nutzte die sitzungsfreie Zeit des Bundestages für eine Informationsreise nach Polen. Hauptziel ist es gewesen, in Erfahrung zu bringen, mit welchen Entwicklungen im Zusammenhang mit der bevorstehenden uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen Deutschland und acht mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten zum 1. Mai 2011 zu rechnen sein wird.

Es wird, so das Resümee aus den Gesprächen, eine unterhalb der Schwelle eines Booms liegende, aber doch keineswegs nur unerhebliche Zuwanderung auslösen. So wurde z. B. in einem polnischen Pressebericht eine Verdoppelung der Zahl von 200 000 auf immerhin 400 000 Arbeitsmigranten aus Polen in Deutschland vorausgesagt. Auch wenn die vollständige Freizügigkeit uns nach allgemeiner Erwartung nicht generell Probleme bereiten wird, so ist doch zu erwarten, dass die deutsche Politik zumindest punktuell vor Herausforderungen steht.

Insbesondere ist davon auszugehen, dass aufgrund von unter polnischen Bedingungen ausgehandelten Tarifverträgen Zeitarbeiter nach Deutschland entliehen werden, wenn nicht

politisch gehandelt wird, z. B. durch Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines tariflichen Mindestlohns nach dem Entsendegesetz. Hierüber darf auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, dass es polnische Tarifverträge, nach denen Arbeitnehmer zu dortigen Bedingungen in der Zeitarbeit in Deutschland beschäftigt werden können, zum heutigen Zeitpunkt nicht gibt. Diese sind dort für eine Anwendung innerhalb Polens nicht erforderlich, da der „Equal Pay“-Grundsatz („Gleiches Geld für gleiche Arbeit“) zur Anwendung kommt.

Jedoch hat z.B. die polnische Arbeitgeberkammer, die Unternehmen im Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungen organisiert, einen Musterentwurf für einen nach deutschem Recht gültigen Tarifvertrag erarbeitet. Dieser soll den Mitgliedsunternehmen zur Verfügung gestellt werden, wenn es nicht zu einem allgemein verbindlichen Mindestlohn in der deutschen Zeitarbeit kommt.

Von polnischer Seite wird grundsätzlich darauf hingewiesen, dass Arbeitsmigration ins Ausland ein Stück Normalität ist. Die Bevölkerung zeichnet seit jeher eine hohe Bereitschaft zu externer Arbeitsmigration aus. Polen sieht sich zugleich in ähnlicher Weise wie die westlichen Nachbarn als aufnehmendes Land für Migranten. Diese kommen insbesondere aus

Weißrussland und der Ukraine. Polen ist also Teil einer Kette, die sich mit sich veränderndem Lohngefälle verschiebt. Es wird aber auch über die negativen Seiten der Arbeitsmigration diskutiert. So hob Ewa Tomaszewska, Mitglied der Landeskommission der Gewerkschaft Solidarnosc, die Belastungen für die Familien und insbesondere die „Euro-Waisen“ – ein in Polen allgegenwärtiger Begriff – hervor.

Bestimmendes politisches Ziel der bürgerlichen Regierungskoalition in Polen ist nach dem Eindruck aus den Gesprächen das Erfüllen der Eurokriterien, insbesondere die Rückführung der Staatsverschuldung. Als angestrebter Zeitpunkt für den Beitritt zur Eurozone wird das Jahr 2014 genannt. Diese finanzpolitische Zielsetzung spiegelt sich zwangsläufig auch in der Arbeits- und Sozialpolitik wider. So sind weitere Einschränkungen bei der ohnehin nicht sehr üppigen rentenrechtlichen Absicherung geplant. Dringend erforderliche Reformen im staatlichen Gesundheitswesen mit langen Wartelisten und häufigen „Zuzahlungen“ der Patienten zur Beschleunigung von Behandlungen werden zurückgestellt. Ob der Kurs der Regierung Bestand haben wird, hängt davon ab, ob es zu einem „sozialen Dialog“ kommt, wie es Ewa Tomaszewska formulierte, und es gelingt, auch die breite Bevölkerung mitzunehmen. ■

*Stefan Klinger,  
Geschäftsführer der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

## JUNGE CDA

## Landestagung der Jungen CDA NRW erfolgreich

Im vollbesetzten Konferenzraum der CDU-Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf führte die Junge CDA NRW am 11. September 2010 ihre diesjährige Landestagung durch. Neben der Neuwahl des Landesvorstandes standen die Wahlanalyse der Landtagswahl und die Neuausrichtung der CDU NRW im Mittelpunkt. Bei den Wahlen wurde Dennis Radtke mit 100% Zustimmung in seinem Amt bestätigt. Ihm zur Seite stehen als Stellvertreter Benjamin Zumbrock aus Hamm, Alexander Scheufens aus Heinsberg und Thomas Ziegler aus Essen. Der 31-jährige Radtke, Gewerkschaftssekretär der IG BCE, zeigte sich nach der Tagung zufrieden und gerührt: „Ich bin wirklich stolz auf das, was wir in den letzten Jahren als Team in NRW erreicht haben. Die Mitgliederentwicklung ist positiv, neue Kreisverbände entstehen und alle ziehen an einem Strang.“ Den Landesvorstand komplettieren als Schriftführer Jan



*Der neu gewählte Landesvorstand zusammen mit dem parlamentarischen Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe*

Brockmann aus Bochum, Laura Hemmer aus Essen als stellvertretende Schriftführerin und als Beisitzer Philipp Bembenek, Georg Dietlein, Manuel Fiswick, Henning Gerlach, Stefan Guddas, Marie Kohls, Dominik Lawatsch, Paul Piskorski,

Sebastian Stein, Benjamin Thomas, Alexander Wierz, Jan Woestmann, und Gero Zumbrock. Zu den ersten Gratulanten gehörte der CDA-Landesvorsitzende, Staatssekretär Ralf Brauksiepe MdB. ■

## AG FRAUEN IN DER CDA

## Bundesvorstand der Frauen lehnt Sparpaket und Gesundheitsreform in großen Teilen ab

Der Bundesvorstand der Frauen hat sich bei seiner letzten Vorstandssitzung in Frankfurt gegen die Abschaffung des Elterngeldes für Alleinerziehende ausgesprochen. „Grundsätzlich begrüßen wir die Erhaltung des Elterngeldes mit dem derzeit gültigen Höchstbetrag von maximal 1.800 Euro“, so die Bundesvorsitzende Karin Möhle. „Die Abschaffung des Elterngeldes für Langzeitarbeitslose

trifft aber vor allem Alleinerziehende. Damit wird ein Signal gegen Familien und Kinder gesetzt. Dies lehnen wir ebenso wie eine Begrenzung des Elterngeldes auf berufstätige Eltern ab.“

Das Elterngeld sollte nach Auffassung des Bundesvorstands der Frauen als Lohn für Erziehungsleistung und nicht allein als Lohnersatzleistung verstanden werden. Die Abschaffung des

Elterngeldes für Langzeitarbeitslose ist nur dann vertretbar, wenn dieses bei der Neuregelung der Grundsicherung für Kinder gerade in den ersten Lebensjahren voll ausgeglichen wird. An Kindern darf nicht gespart werden. Daneben muss die Kinderbetreuung weiter ausgebaut werden, da Deutschland sonst den demografischen Wandel nicht bewältigen kann. ■

## LEBEN, LERNEN UND ARBEITEN

## CDU-Sozialpolitiker informierten sich über den Umwelt-Campus



CDU-Sozialpolitiker aus dem Bezirk Koblenz-Montabaur zu Besuch auf dem Umwelt-Campus Birkenfeld mit Hans-Jürgen Machwirth – Oberbürgermeister a.D. (1.v.r.), Ekkehard Gauglitz – Vorsitzender des CDA-Bezirksverbandes Koblenz-Montabaur (3.v.r.) und Damian Hötger – Vorsitzender des CDA-Kreisverbandes Birkenfeld (5.v.r.).

Mitglieder des CDA-Bezirksvorstandes Koblenz-Montabaur und des CDA-Kreisverbandes Birkenfeld informierten sich im Rahmen einer gemeinsamen Klausur, die die Ausarbeitung eines Positionspapiers für eine „Soziale Politik für Rheinland-Pfalz“ zum Inhalt hatte, vor Ort über den Umwelt-Campus Birkenfeld in Hopstädten-Weiersbach.

Der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Idar-Oberstein, Hans-Jürgen Machwirth, erläuterte den CDU-Sozialpolitikern, dass das die Gründer bei der Entwicklung des Campus auf dem ehemaligen US-Militär-Lazarett dem Vorbild der amerikanischen Campus-Einrichtung folgten, d.h., dass von Anfang an nicht nur der akademische Betrieb, sondern auch die Freizeitmöglichkeiten eine gewichtige Rolle im Gesamtkonzept spielen sollte.

Der Umwelt-Campus Birkenfeld, der ein Außenstandort der Fachhochschule Trier ist, begann seinen Studienbetrieb 1996 mit 550 Studierenden und 10 Pro-

fessoren. Heute leben und arbeiten dort rund 2.200 Studenten sowie 120 Professoren und Mitarbeiter. Der Umwelt-Campus wurde im Laufe der Jahre zu einem Vorzeige-Konversions-Projekt im Hunsrück, da hier ein von den amerikanischen Streitkräften verlassenes Gelände neu genutzt werden konnte. Die CDU-Sozialpolitiker befürworten das Modell des Umwelt-Campus für ein gemeinsamen LEBEN, LERNEN und ARBEITEN.

Die Zukunft der Universitäten als moderne Campus-Hochschulen, bei denen Lehr-, Forschungs- und Firmeneinrichtungen, Wohnraum für Studenten und Lehrpersonal sowie Einrichtungen für das kulturelle und soziale Engagement der Studierenden eine Einheit bilden, so Ekkehard Gauglitz – Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse (CDA) im Bezirk Koblenz-Montabaur – und Damian Hötger – Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse im Kreis Birkenfeld. ■



map-report

Februar 2009

Platz 1

„Jahrgängig hervorragende Leistungen“  
und Bestnote, „servicestärkster Versicherer“  
im Vergleich von Krankenversicherungen

## Eine große Gemeinschaft bietet Schutz

Sie suchen eine optimale Vorsorge für den Krankheitsfall? Kostengünstig, leistungsstark, individuell, zuverlässig?

Dann werden auch Sie Mitglied bei Deutschlands größtem privaten Krankenversicherer. Mehr als 2,1 Millionen Vollversicherte profitieren bereits von den hervorragenden Leistungen der Debeka.

**Debeka-Hauptverwaltung**  
**Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18**  
**56058 Koblenz**  
**Telefon (02 61) 4 98 - 0**  
**www.debeka.de**

## CDA VOR ORT

## CDA Wartburgkreis mit Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht in m&i- Fachklinik Bad Liebenstein

Hauptgeschäftsführer Heinz Dahlhaus begrüßte Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, den CDA-Landesvorsitzenden Gustav Bergemann, den CDA-Kreisvorsitzenden Daniel Steffan, Dr. Renate Reum sowie die weiteren Mitglieder der Besuchergruppe herzlich. Er gab einen kurzen Einblick in die Struktur der Klinik. Die anwesenden Ärzte berichteten dann über ihr jeweiliges Tätigkeitsgebiet. Bei dem Gespräch konnten sich die Arbeitnehmervertreter ein Bild über die vielseitige Tätigkeit der Mitarbeiter und das Arbeitsklima in der Klinik machen. Beim anschließenden Rundgang erhielten die CDA-Mitglieder einen Eindruck von der umfangreichen Tätigkeitspalette des Klinikpersonals sowie von den verschiedenen Behandlungsmöglichkeiten. Die Klinik ist Fachklinik für spezialisierte Akutmedizin und medizinische Rehabilitation. In der m&i-Fachklinik Bad Liebenstein stehen umfassende stationäre und ambulante Behandlungsmöglichkeiten



im Konzept eines modernen Gesundheitszentrums zur Verfügung. Das Haus ist stolz auf die hohe Auslastung, deshalb denkt man bereits über eine Erweiterung nach.

Bislang einmalig ist die erste bundesweite Kooperation zwischen einer Fachklinik und der Abteilung der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Frankfurt am Main. Durch die jahrelange Erfahrung der Thüringer

m&i Fachklinik auf dem Gebiet der Unfallmedizin wurde deshalb am Standort Bad Liebenstein ein gemeinsames Trauma-Reha Zentrum eingerichtet.

Die CDA-Mitglieder waren sehr beeindruckt von den zahlreichen Behandlungsmöglichkeiten, der hohen Auslastung sowie von dem hohen Engagement des gesamten Personals. ■

## BILDUNG

## Schwarz-grüne Premiere bei der CDA in Saarbrücken

Erstmals traf der CDA Kreisvorstand unter Leitung der Vorsitzenden Martina Stabel-Franz mit dem grünen Politiker und Bildungsminister Klaus Kessler zum Informationsgespräch über die Veränderungen in der saarländischen Bildungspolitik unter Führung der Jamaika-Koalition. Der Minister wies auf die Qualitätsoffensive in der Bildungspolitik hin,

die leider nicht im Mittelpunkt der Medienberichterstattung stehe. Unter dem Motto „Gemeinsam für eine moderne, leistungsfähige und gerechte Bildung“ geht es um die Einführung eines 5. Grundschuljahres ab 2011, ein Kooperationsjahr, mit dem Schule im Kindergarten beginnt und ab 2013“ mit der Möglichkeit von Gemeinschaftsschulen. Wichtig

sei auch eine veränderte Lernkultur. Die sich anschließende intensive Diskussion machte deutlich, dass hier noch ein großer Informations- und Diskussionsbedarf besteht.

**Infos zur neuen saarländischen Bildungspolitik gibt es unter [www.gemeinsam-bilden.de](http://www.gemeinsam-bilden.de)** ■



v.l.n.r.: Marco Eilers (Landesvorsitzender Bremen), Heinz-Herbert Grabowski (Kreisvorsitzender Bremerhaven), MdB Rita Pawelski, Thorsten Raschen (stv. Landesvorsitzender), MdBB Rainer Bensch (Mitglied des CDA-Bundesvorstandes)

#### CDA NIEDERSACHSEN UND BREMEN

## Politisches Klima – erörtert und disku- tiert

Auf Einladung des CDA- Landesverbandes Bremen kam die niedersächsische Bundestagsabgeordnete Rita Pawelski am 14. August in den Weser Yachtclub nach Bremerhaven. Unter dem Titel „Politisches Klima – erörtert und diskutiert“ organisierten Niedersachsen und Bremen gemeinsam diese Informations- und Diskussionsveranstaltung.

Mit ungefähr 50 Teilnehmern aus Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein war sie gut besucht. Rita Pawelski schilderte die Erfolge der Regierung und ärgerte sich über die Außendarstellung einiger Akteure in den eigenen Reihen. Die Teilnehmer forderten beispielhaft erhebliche Verbesserungen für Zeitarbeitnehmer. Stark angemahnt wurden Verbesserungen in der Gesundheitspolitik. Stichworte waren hierbei besserer Erhalt des solidarischen Systems und stärkere Ausnutzung der Effizienzreserven im System. ■

#### GEMEINSAM SIND WIR STARK!

## Lydia Weiland zur Vorsitzenden des CDA-Regionalverbandes Neuwied-Altenkirchen gewählt



Die neu gewählte CDA-Regionalverbandsvorsitzende Lydia Weiland (1. Reihe, 3.v.l.) zusammen mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Erwin Rüdell (1. Reihe, 4.v.l.), der CDU-Landtagskandidatin Ellen Demuth (1. Reihe, 5.v.l.) und dem CDA-Bezirksvorsitzenden Ekkehard Gauglitz (1. Reihe, 2.v.l.).

Die Mitglieder der CDU-Sozialausschüsse (CDA) der Kreisverbände Altenkirchen und Neuwied haben sich im Rahmen einer gemeinsamen Mitgliederversammlung zum Regionalverband Neuwied-Altenkirchen zusammengeschlossen.

Neue Vorsitzende wurde Lydia Weiland aus dem Kreis Altenkirchen, damit wurde ein Zeichen hin zur Verjüngung gesetzt. Dem Vorstand gehören außerdem Joachim Herudek als 1. stellvertretender Vorsitzender, Josef Zolk und Gereon Schulz als weitere stellvertretende Vorsitzende, Norbert Faltin als Schriftführer sowie Helmut Hecking, Klaus Morsch, Christoph Moschner und Horst Bauer als Beisitzer an.

„Wir sollten uns zunächst wieder vor Augen führen, dass wir Politik nicht für Statistiken oder Durch-

schnitte, sondern für Menschen machen. Wir müssen wieder ins Gedächtnis rufen, dass die CDU eine Vereinigung ist, die das soziale Gewissen darstellt und was die Definition von sozial eigentlich ist. Es gibt eben nicht nur Gewerkschaften, die sich für Arbeitnehmer starkmachen.

Ich möchte Assoziationen bei den Bürgern schaffen, wenn sie den Begriff CDA lesen. Um das zu erreichen, ist es elementar, den Bürgern vor Ort zu zuhören und zu erkennen, wo Probleme und Informationsdefizite bestehen. Informationen und gerade Bildung sollten wir großschreiben. Außerdem müssen die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen den einzelnen Gruppierungen wieder aktiviert werden. Wir haben nämlich alle das gleiche Ziel, was sich aber nur mit gemeinsamer Kraft verwirklichen lässt: Das Wohl der Allgemeinheit...“, so Weiland. ■

## FAMILIE

## Festredner beim 105. Oldenburger Kolpingtag



Mit diesem Festredner hatte das Kolpingwerk Land Oldenburg einen Glücksgriff getan, hieß es im Nachgang in der Presse zum 105. Oldenburger Kolpingtag in

Westerstede. Unser Bundesvorsitzender Karl-Josef Laumann erinnerte eindrucksvoll an die Wurzeln christlichen Handelns in der Politik. Zunächst war es noch still unter den knapp sechshundert Zuhörern, als Karl-Josef Laumann von der Frühzeit des Kapitalismus erzählte, als die Sache mehr galt als der Mensch. Eine Zeit, die Adolph Kolping zum Widerspruch gereizt habe. Und nicht umsonst hätten die Politiker das Grundgesetz mit den Worten eingeleitet: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Sie hätten Deutschland aus einem christlichen Menschenbild heraus wieder aufbauen wollen. „Deshalb ist es auch heute noch so wichtig, sich zu treffen und sich in der Gesellschaft einzumischen.“

Wir brauchen Menschen, die sich auf dieser Basis einsetzen“, rief

Laumann und erntete spontanen Beifall.

Die christliche Soziallehre sei wichtig, um sich gegen eine „zügellose Freiheit ohne Verantwortung“ stemmen zu können. Denn die habe letztlich auch zu der weltweiten Finanzkrise geführt. Deutschland werde nur eine gute Zukunft haben, wenn es gute Familien habe. Wenn linke Politiker glaubten, der Staat könne letztlich durch umfassende Betreuung die Familie ersetzen – „das geht nicht“. Eine solche Beziehung könne man nicht künstlich schaffen.

Das Grundgesetz schreibe nicht umsonst: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates.“ Genau dort müssten die katholischen Sozialverbände sich einsetzen. ■

## KOLPING UND CDA

## Gemeinsame Initiativen zu Sozialwahlen

Für eine Stärkung der Sozialwahlen und einen besseren Sonntagsschutz in Europa wollen sich das Kolpingwerk der Erzdiözese Freiburg und die CDA Südbadens zusammen einsetzen. Das ist das Ergebnis eines gemeinsamen Treffens unter der Leitung des Kolping Diözesanvorsitzenden Wolfgang Bandel und des CDA-Bezirksvorsitzenden Peter Weiß.

Mit dabei war auch der Kolping Bundesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Thomas Dörflinger und der CDA-Landesvorsitzende Christian Bäuml. „Die gemeinsame Liste

von Kolping, KAB und evangelischen Arbeitnehmerorganisationen für die Sozialwahlen 2011 steht“, konnte Wolfgang Bandel mitteilen. Sorge bereitet jedoch, dass das Interesse der Arbeitnehmer an den Wahlen ihrer Vertreter in die Gremien der Renten- und Krankenversicherung seit Jahren abnimmt.

Der Bezirksvorsitzende der CDA Südbaden, Peter Weiß, und Diözesanvorsitzender Wolfgang Bandel wollen daher dafür werben, dass die Sozialwahlen wieder eine stärkere Resonanz finden. Die Selbstverwaltung

der Sozialversicherungen beziehe ihre demokratische Legitimation durch die Sozialwahl und setze ein wichtiges Zeichen für die Interessenvertretung durch ihre Mitglieder. Damit die Sozialwahlen eine stärkere Beachtung finden, setzen sich die beiden Bundestagsabgeordneten Weiß und Dörflinger nach der Wahl 2011 für eine gesetzlich festgeschriebene Rechenschaftspflicht der gewählten Gremien ein. Erst wenn der ganze Spielraum der Gestaltungsmöglichkeiten deutlich werde, könne auch ein größeres Interesse an diesen Wahlen, die im Sinne des Subsidiaritätsgebots zu wünschen wäre, möglich sein. ■



*Daniel Güttler (CDA-Landessozialsekretär NRW), Monika Budke (stellv. Bürgermeisterin der Stadt Bottrop), Eheleute Brinkert, Dr. Ralf Brauksiepe MdB (Landesvorsitzender der CDA NRW) und Ferdi Butenweg (CDA-Kreisvorsitzender Bottrop)*

#### CDA NORDRHEIN-WESTFALEN

## Ehrenvorsitzender Bernhard Brinkert feiert 80. Geburtstag

Anlässlich seines 80. Geburtstages erhielt der Ehrenvorsitzende der CDA NRW, Bernhard Brinkert, nun Besuch des CDA-Landesvorsitzenden Dr. Ralf Brauksiepe MdB. Der parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales

wurde von der stellvertretenden Bürgermeisterin von Bottrop, Monika Budke, dem CDA-Kreisvorsitzenden Ferdi Butenweg und Landessozialsekretär Daniel Güttler begleitet. Der gebürtige Bottroper Bernhard Brinkert zeigte sich sehr

erfreut über den Besuch und erinnerte sich im gemeinsamen Gespräch an interessante Begebenheiten in Politik und Gewerkschaft. Der ehemalige Gewerkschaftssekretär und spätere Betriebsdirektor und Landtagsabgeordnete war von 1977 bis zur Fusion der Landesverbände 1986 Landesvorsitzender der CDA Westfalen-Lippe. ■

## Namen und Nachrichten

+++ 23 junge Duisburger haben sich zusammengefunden, um die Junge CDA Duisburg neu zu gründen. **Sebastian Geßmann** wurde zum Kreisvorsitzenden gewählt. Der geschäftsführende Vorstand wird komplettiert durch die beiden Stellvertreter **Henning Gerlach** und **Daniel Wörmann**, Schriftführer **Uwe Becker** und dessen Stellvertreter **Andreas Bierod**. +++

+++ Der CDA-Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat im Juli 2010 einen neuen Vorstand

gewählt. Dem neuen Vorstand gehören **Ralf Baldauf** (Betriebsratsvorsitzender, Kreisrat) als Vorsitzender, **Peter Darmstadt** (Beigeordneter im Landkreis) als stellvertretender Vorsitzender und **Peter Liebers** (CDU-Geschäftsführer und Betriebsrat der CDU Sachsen) als Schatzmeister an. +++

+++ Die Sommerbereisung mit **Karl Schiewerling** der CDA Siegen-Wittgenstein fand unter dem Motto „Qualifizieren statt hartzen“ statt. An der Diskussionsveranstaltung nahmen die Vorsitzende der Agentur für Arbeit, der Hauptgeschäftsführer der IHK, der Geschäftsführer der Kreis-

handwerkerschaft, der stellv. Geschäftsführer der ARGE, der Kreissozialdezernent, der 1. stellv. Landrat sowie die Landtagsabgeordnete **Monika Brunert Jetter** teil. +++

+++ Auf Vorschlag des CDA-Kreisvorsitzenden des Erzgebirgskreises und Mitglied des CDA Landesvorstandes Sachsen, **Horst Dippel**, trafen sich zu einem Strategiegeläch erstmals die CDA Landesvorstände von Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Die Kollegen berieten unter anderem über eigene Strategien zur Gesundheitspolitik. Jährlich wurde mindestens ein solches Treffen vereinbart. +++

+++ **Laschet**: „Politik muss wieder verständlicher werden!“ – **Röttgen**: “Die Wirtschaft muss den Menschen dienen.” Die beiden Bewerber um das Amt des Landesvorsitzenden der CDU NRW, Bundesumweltminister **Norbert Röttgen**, und der stellv. CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende und CDA-Mitglied **Armin Laschet** stellten sich und ihre Positionen bei der mitgliederoffenen Vorsitzendenkonferenz in Witten vor. Dabei wurde eine große Palette von Themen angesprochen. In der anschließenden Diskussionsrunde nutzten die Vertreter der Kreisverbände die Möglichkeit, offen und ungeschminkt Probleme und Sorgen anzusprechen. **Ralf Brauksiepe** dankte beiden Bewerbern für ihre klaren Worte und rief die Anwe-

senden auf, sich an der Mitgliederbefragung zu beteiligen und dafür zu werben. +++

+++ Geschäftsführerin **Dr. Susann Bresslein** informierte den Vorstand der CDA Saarbrücken Stadt unter Leitung der Vorsitzenden **Martina Stabel-Franz** sowie des Vorsitzenden der CDU, **St. Annual Stefan Brand**, über die aktuelle Lage des Winterbergklinikums, insbesondere auch über die Situation der Beschäftigten. +++

+++ Im Rahmen der Sommerreise besuchte die CDA die Firma SUT Maschinenbau GmbH in Leverkusen-Manfort. Zusammen mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Bernhard Tenhumberg nahmen

der CDA-Kreisvorsitzende **Ulrich Müller** und die CDU-Ratsmitglieder **Hermann-Josef Kentrup**, **Stefan Hebbel** und **Rüdiger Scholz** die Einladung von SUT-Geschäftsführer **Uwe Teuwen** an. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen nach der Ausbildung und der Personalgewinnung für ein spezialisiertes Unternehmen wie die SUT Maschinenbau GmbH. Teuwen verwies darauf, dass es schwierig war, im Bereich Schweißer und Schlosser notwendige Fachkräfte anzustellen. Viele Jugendliche strebten heute diesen Beruf nicht mehr an. Man war sich einig, dass Schulabgänger sich aber nicht nur um eine Ausbildung für „Modeberufe“ bewerben, sondern auch andere Handwerksberufe anstreben sollten. +++

## Günter Volmer verstorben

Mit Günter Volmer, der am 30. Juli verstarb, verliert die CDA einen Mitstreiter, der die christlich-soziale Idee nicht vor sich hergetragen, sondern gelebt hat. Als überzeugte Gewerkschafter war an der Wiederbegründung des Christlichen Gewerkschaftsbundes im Jahr 1955 aktiv beteiligt, dessen Bundesvorsitzender er lange Jahre war. Günter Volmer trat 1950 in die CDA ein und war in verschiedensten Funktionen tätig. Dem CDA-Bundesvorstand gehörte er von 1973 bis 1983 an. Er gehörte dem Rat der Stadt Gelsenkirchen an, war Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen und Abgeordneter im Deutschen Bundestag. In all diesen Ämtern machte er deutlich, dass ihm die christlich-soziale Bewegung, aber auch die Region Ruhrgebiet und ihre Menschen am Herzen gelegen haben. Mit Günter Volmer verliert die CDA einen herausragenden Politiker, dem christlich-soziale Werte eigen waren. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und seiner Familie. Die CDA wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Kurt Wawrzik verstorben

Betroffenheit, Mitgefühl und Trauer hat die CDA ergriffen, als bekannt wurde, dass der Ehrenvorsitzende der CDA Mannheim, das Ehrenmitglied des Europäischen Parlamentes und der Ehrenvorsitzende der CDU Mannheim, Kurt Wawrzik, im Alter von 81 Jahren verstorben ist. Als Gründungsmitglied der CDA war er viele Jahre Kreisvorsitzender in Mannheim, von 1973 bis 1984 Vorsitzender der CDA Nordbaden, von 1975 bis 1985 Mitglied des CDA-Bundesvorstands und von 1979 bis 1989 Vizepräsident der EUCDA. Aufrichtigkeit, Loyalität, Geradlinigkeit, aber auch Gelassenheit sind die Wesenszüge, die ihn im beruflichen, gewerkschaftlichen und politischen Wirken auszeichneten. Seiner Ehefrau, seinen Kindern und allen Angehörigen gilt unsere tief empfundene Anteilnahme über den schmerzlichen Verlust. Die CDA wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Der persönliche Fragebogen der Sozialen Ordnung

### Heute: Marco Eilers



**Marco Eilers** geb. 05.03.1976 in Westerstede/ Niedersachsen

Tätigkeit: Arbeitsvermittler in der ARGE Delmenhorst

Qualifikation: Diplom-Sozialpädagoge, Psychotherapeut (HPG)

Politische Funktionen:  
Landesvorsitzender CDA Bremen, Kreisvorsitzender CDA Bremen-Stadt, Vorsitzender des CDU Stadtbezirkes Wümme in Bremen

#### 1. Wieso bist Du in der CDA?

Wenn es die CDA nicht gäbe, müssten wir sie erfinden. Je stärker wir die christliche Soziallehre transportieren und in der Politik verankern können, desto besser geht es den Menschen in unserem Land.

#### 2. Worüber, worauf freust Du Dich?

Gesellige Zusammenkünfte mit lieben Menschen.

#### 3. Was gibt Dir Kraft?

Meine Familie und meine engsten Freunde.

#### 4. Wovor hast Du Angst?

Dass durch die zunehmende Auflösung des stabilisierend wirkenden gesellschaftlichen Mittelstandes und der abnehmenden Bedeutung des christlich geprägten Wertekonsenses der Friede in unserem Land abnimmt.

#### 5. Was würdest du nie tun?

Für eine politische Laufbahn meine grundlegenden Überzeugungen preisgeben.

#### 6. Dein Buchtipp?

Necla Kelek, Die fremde Braut.

#### 7. Welche Website empfiehlst Du zum Reinklicken?

Wikipedia, Facebook.

#### 8. Welche Musik hörst Du am liebsten?

Aktuelle deutsche Musik, RnB, Black Music.

#### 9. Dein Leibgericht?

Grünkohl mit Pinkel.

#### 10. Mit welchem Promi würdest Du Dich gern einmal in Ruhe unterhalten?

Barack Obama.

#### 11. Und mit wem würdest Du gern mal einen Tag tauschen?

Thomas Schaaf (Trainer Werder Bremen).

#### 12. Wo möchtest Du – außer in Deiner derzeitigen Heimat – gern leben?

An einem sonnigen Ort am Mittelmeer.

#### 13. Welche Vorbilder hast Du – in der Geschichte und in der Gegenwart?

Nelson Mandela.

#### 14. Was ist Dein größter (politischer) Erfolg?

Menschen für die CDA und ihre Inhalte zu begeistern.

#### 15. Die größte Ungerechtigkeit: Was ist nicht sozial? Was ist nicht in Ordnung?

Die familiären Rahmenbedingungen in Deutschland sind auch gegenwärtig nicht in Ordnung. Zu wenig ausreichend ausgebaute Kinderbetreuung, sowie die zahlreichen prekären und unsteten Beschäftigungsverhältnisse hier zu Lande sind nicht gerade fördernd für eine Familiengründung. Wir verspielen gerade die Zukunft unseres Landes.

#### 16. Du darfst allein über die Verwendung von 1 Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt entscheiden. Wofür gibst Du das Geld aus?

Für die Opfer in Pakistan.

#### 17. Dein Lebensmotto?

Lebe jeden Tag, als wäre es ein letzter und genieße all die Liebe, dir man dir entgegenbringt. Vergiss nicht, sie zurückzugeben! ■

# Für uns zählt jeder Einzelne. Aus Prinzip.

Sparkassen sind gegründet worden, um vor Ort allen Teilen der Bevölkerung bei der eigenen finanziellen Vorsorge zu helfen und den Zugang zu modernen Finanzdienstleistungen zu ermöglichen. Dieses Geschäftsprinzip ist moderner denn je. Denn es vereinigt Kompetenz in Finanzfragen mit sozialer Verantwortung und nachhaltigem Denken und Handeln.

Dem Wohlstand der Region und den dort lebenden Menschen verpflichtet: die Sparkassen.  
**Gut für Sie – und gut für Deutschland.**

## Fragen zur Finanzwirtschaft?

Wir helfen Ihnen gern –  
in Ihrer Sparkasse oder online unter  
[www.gut-fuer-deutschland.de](http://www.gut-fuer-deutschland.de)

Sparkassen. Gut für Deutschland.

